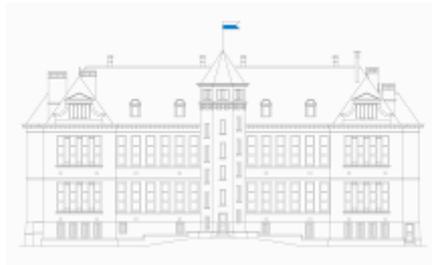


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT.....	5
Sondersitzung des Europäischen Rates am 23.04.2015: Wesentliche Ergebnisse	5
Außenministerrat am 20.04.2015: Wesentliche Ergebnisse	5
EP einigt sich auf Standpunkt zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)	6
EP verabschiedet Entschließung zum „100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern“	6
EU-Parlamentarier erhalten Rederecht im österreichischen Parlament	7
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR	8
ASYL UND MIGRATION	8
Gemeinsamer Rat der Innen- und Außenminister berät erste Konsequenzen aus Flüchtlingskatas- trophen; Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs angekündigt.....	8
Fraktionschefs von ALDE, EVP und S&D fordern Staats- und Regierungschefs auf, Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen zu ziehen	9
TERRORISMUSBEKÄMPFUNG.....	10
Anhörung des LIBE-Ausschusses zu Herausforderungen der Inneren Sicherheit	10
INNERE SICHERHEIT	11
Schengen-Informationssystem (SIS) in Großbritannien einsatzbereit	11
CYBERSICHERHEIT	11
Kommissar <i>Oettinger</i> kündigt EU-Meldestelle für Cyber-Angriffe an	11
FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ	12
Serbien beteiligt sich künftig am Zivilschutzmechanismus der EU	12
VERKEHRSSICHERHEIT	12
EuGH präzisiert Auslegung der Führerscheinrichtlinie bei Verkehrsverstößen	12
VERKEHRSPOLITIK	13
Verkehrsausschuss des EP fordert alternative Finanzierung der Investitionsoffensive.....	13
LUFTVERKEHR	14
Debatte über Wettbewerbssituation im Luftverkehr spitzt sich zu.....	14
GÜTERVERKEHR	14
Rat verabschiedet Änderungen der Richtlinie zu Maßen und Gewichten von Lkw.....	14
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	15
Bagatellverfahren: JURI-Ausschuss stimmt für gestaffelte Anhebung der Streitwertgrenze	15
Vorläufige Einigung bei Trilogverhandlungen zur Reform des Markenrechts	16
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT	16
ECON- und Haushaltsausschuss legen gemeinsamen Standpunkt zur EFSI-Verordnung fest.....	16



EIB und EIF genehmigen erste EFSI-Projekte	17
Eurostat veröffentlicht Haushaltszahlen für 2014	18
Kommission schlägt zwei Berichtigungshaushalte für 2015 vor	18
Vizepräsidentin <i>Georgieva</i> stellt Zahlungsplan zum Abbau der Aussenstände im Haushaltsausschuss vor	19
EuGH: Eintragung einer griechischen Gesellschaft in Frühwarnsystem zum Schutz der finanziellen Interessen der EU nichtig	19
EuGH: Besteuerung von stillen Reserven verstößt gegen Niederlassungsfreiheit	20
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE	21
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	21
ECON- und Haushaltsausschuss legen gemeinsamen Standpunkt zur EFSI-Verordnung fest	21
EIB und EIF genehmigen erste EFSI-Projekte	21
AUßENWIRTSCHAFT	22
Bericht der Kommission sagt positive Auswirkungen von TTIP auf KMU voraus	22
Neunte Verhandlungsrunde zu TTIP in den USA	23
ENERGIE	23
Trilogeinigung zur Richtlinie über Biokraftstoffe und die Anrechnung von indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC)	23
SONSTIGES	24
Kommission genehmigt neues Joint Venture BEEGY mit bayerischer Unternehmensbeteiligung	24
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	24
Sitzung des Agrarrats am 20.04.2015	24
AGRI stimmt Änderungsvorschlägen zur Beihilferegelung für die Abgabe von Obst, Gemüse und Milch in Bildungseinrichtungen zu	25
Bericht über die Sitzung des AGRI vom 14.04.2015 und 16.04.2015	25
Neue Absatzförderungsprogramme für Agrarerzeugnisse in der EU genehmigt	25
Öffentliche Konsultation über die EU-Holzverordnung	25
Neue Vorschriften für Rebplantagen ab 01.01.2016	26
Kürzung der EU-Direktzahlungen für das Antragsjahr 2015 voraussichtlich bei 1,39 %	26
Kommission veröffentlicht neuen Vorschlag für die Verwendung von GVO in Lebens- und Futtermitteln	27
Informelles Treffen der Umwelt- und Energieminister	27
Diskussionspapier und Konsultation zu Forschung und Innovation für sichere Lebensmittel	28
Bericht zu Daten über chemische Stoffe in Lebensmitteln veröffentlicht	28
EP einigt sich auf Standpunkt zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)	29
Neues EFSA-Verwaltungsratsmitglied von Rat ernannt	29



STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION.....	30
Rat erzielt allgemeine Ausrichtung zur Erhöhung der Vorfinanzierungsquote der Jugendbeschäftigungsinitiative	30
Gemeinsamer Rat der Innen- und Außenminister berät erste Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen; Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs angekündigt.....	30
Informeller EPSCO in Riga widmet sich dem sozialen Dialog	32
EuGH-Urteil verneint Diskriminierung durch spanische Vorschriften zur Berechnung von Berufsunfähigkeitsrenten	32
Neuer Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage bestätigt wirtschaftliche Erholung bei anhaltenden Herausforderungen in der EU	32
Neue Eurostat-Veröffentlichung über Kinder und junge Menschen in der EU	33
Geringere Erwerbslosigkeit in den Regionen der EU im Jahr 2014	34
Neue Eurobarometer-Umfrage zu jungen Menschen.....	34
Cedefop veröffentlicht neue Daten zur beruflichen Bildung und Weiterbildung	34
STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST	35
Eurostat: Die EU kommt den Bildungszielen der Strategie „Europa 2020“ näher	35
Cedefop veröffentlicht neue Daten zur beruflichen Bildung und Weiterbildung	35
Eurostat-Veröffentlichung über Kinder und junge Menschen in der EU.....	36
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....	37
UMWELT UND NATURSCHUTZ.....	37
Kommission veröffentlicht neuen Vorschlag für die Verwendung von GVO in Lebens- und Futtermitteln	37
Informelles Treffen der Umwelt- und Energieminister	37
EP erstellt Initiativbericht zu Folgemaßnahmen der Bürgerinitiative „Right2Water“	38
Ressourcenproduktivität in der EU stark gestiegen	38
ENVI-Workshop zum Thema Indikatoren für Ressourceneffizienz	39
VERBRAUCHERSCHUTZ	39
Diskussionspapier und Konsultation zu Forschung und Innovation für sichere Lebensmittel	39
Bericht zu Daten über chemische Stoffe in Lebensmitteln veröffentlicht	40
Einheitliche Vorgaben zur Deckelung von Kreditkartengebühren verabschiedet	40
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	41
Informeller Rat der Gesundheitsminister am 21./22.04.2015 in Riga	41
ENVI-Ausschuss für sichere Gesundheitsversorgung	41
IUK- UND MEDIENPOLITIK.....	41
Wettbewerbsverfahren gegen Google hinsichtlich der Anzeige von Suchergebnissen sowie des Android-Betriebssystems offiziell eingeleitet	41



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

SONDERSITZUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 23.04.2015: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Am 23.04.2015 fand eine kurzfristig einberufene Sitzung des Europäischen Rates statt. Anlass waren mehrere Flüchtlingskatastrophen vor der Küste Libyens mit hunderten Toten.

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen, die Präsenz der EU auf See zu erhöhen, gegen Schlepper vorzugehen, illegale Migration zu unterbinden, die interne Solidarität und Verantwortung zu verstärken und die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und der Türkei zu intensivieren (ausführlicher Beitrag des StMI folgt im nächsten EB).

Am Rande des Treffens soll es nach Presseberichten auch zu einem Gespräch zwischen BM Merkel und dem griechischen Premier Tsipras gekommen sein. Thema soll die angespannte Finanzlage Griechenlands gewesen sein. Am 24.04.2015 fand in Riga zudem ein informelles Treffen der Eurozone zu den griechischen Reformmaßnahmen statt.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/>

AUSSENMINISTERRAT AM 20.04.2015: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Unter Vorsitz der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, *Federica Mogherini*, nahm der Rat der EU-Außenminister am 20.04.2015 zu verschiedenen außenpolitischen Schwerpunkten Stellung. Dabei standen folgende Aspekte im Mittelpunkt:

- Die EU-Außenminister zeigten sich besorgt über den Anstieg der Gewalt im Jemen und riefen alle Konfliktparteien zu einer friedlichen Lösung auf.
- Der EU-Aktionsplan für die Sahelzone 2015 - 2020 wurde verabschiedet.
- Auch die Zukunft der Beziehungen zu Lateinamerika und den Karibikstaaten wurde diskutiert.
- Die EU-Außenminister begrüßten die von der Hohen Vertreterin und der Kommission am 04.03.2015 eingeleitete Konsultation zur Zukunft der Nachbarschaftspolitik (EB 07/15).
- Im Rahmen der Sitzung informierte *Mogherini* auch über die Neuausrichtung der Europäischen Sicherheitsstrategie und die Gespräche mit dem Iran über dessen Atomprogramm.

Vor dem Hintergrund mehrerer Flüchtlingskatastrophen vor der libyschen Küste berieten die EU-Außenminister außerplanmäßig am 20.04.2015 gemeinsam mit den Innenministern der Mitgliedstaaten auch über eine EU-Strategie im Umgang mit der Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer. Dabei wurden



insbesondere der verstärkte Kampf gegen Schleuserbanden, die Intensivierung der Seenotrettung durch FRONTEX und eine fairere Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen als Prioritäten identifiziert, auf die sich die weiteren Arbeiten konzentrieren sollen (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Der Umgang mit zunehmender Migration war auch Thema des außerplanmäßig für den 23.04.2015 einberufenen Europäischen Rates.

Informationen zur Tagung Rates für Auswärtige Angelegenheiten:

<http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2015/04/20/>

Ergebnisdokument des Rates zum Gemeinsamen Treffen der Innen- und Außenminister:

http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2015/04/st08146_en15_pdf/

EP EINIGT SICH AUF STANDPUNKT ZUM EUROPÄISCHEN FONDS FÜR STRATEGISCHE INVESTITIONEN (EFSI)

Am 20.04.2015 hat sich das EP (Haushaltsausschuss und Ausschuss für Wirtschaft und Währungsfragen) auf eine Position zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) verständigt. Diese dient als Basis für die am 23.04.2015 begonnenen Trilogverhandlungen mit dem Rat.

Das EP kritisiert die aktuellen Planungen der Kommission für die Finanzierung des EFSI durch Umschichtungen von Mitteln für Forschung und Transport und fordert Mitspracherechte bei der Besetzung der EFSI-Leitung und des Investitionsausschusses.

Die Verhandlungen über EFSI sollten möglichst bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein (siehe hierzu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Am 22.04.2015 hat die EIB wie angekündigt erste Projekte aus Spanien, Italien, Irland und Kroatien ausgewählt, die EFSI-Finanzierung genießen sollen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150420IPR42732/html/Strategic-Investment-Fund-committees-back-Juncker-Plan-but-not-programme-cuts>

EP VERABSCHIEDET ENTSCHESSUNG ZUM „100. JAHRESTAG DES VÖLKERMORDS AN DEN ARMENIERN“

Am 15.04.2015 forderte das EP die Türkei in einer mit großer Mehrheit angenommenen EntschlieÙung auf, die Verfolgung der Armenier im Osmanischen Reich als Völkermord anzuerkennen und so eine wirkliche Aussöhnung zu ermöglichen.



Das EP appelliert an die Republik Türkei – als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reichs – „ihre Bemühungen, einschließlich der Gewährung des Zugangs zu den Archiven, fortzusetzen, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen und so den Weg für eine wirkliche Aussöhnung der Türken und der Armenier zu ebnen“. Das EP rief die Türkei zudem dazu auf, „in gutem Glauben“ ein umfassendes Verzeichnis der im vergangenen Jahrhundert innerhalb ihres Hoheitsbereichs zerstörten oder vernichteten armenischen Kulturgüter zu erstellen. Auch regte das EP die Einführung eines internationalen Gedenktags für Völkermorde an. In ihrer EntschlieÙung nahmen die Abgeordneten explizit Bezug auf Papst *Franziskus'* Erklärung vom 12.04.2015, in der dieser die Massenmorde an den Armeniern im Osmanischen Reich als „Genozid“ bezeichnet hatte.

Der türkische Präsident *Erdoğan* wies die Kritik des EP scharf zurück.

Anlässlich des Roma Gedenktags am 08.04.2015 verabschiedete das EP am 15.04.2015 auch eine Resolution zur Ermordung von Roma während des Zweiten Weltkriegs, die es ebenfalls als Völkermord bezeichnete. Auch forderte das EP die Mitgliedstaaten auf, dem Anstieg an Antiziganismus in Europa konsequent entgegenzuwirken.

EP-EntschlieÙungsantrag:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B8-2015-0349+0+DOC+PDF+V0//DE>

EU-PARLAMETARIER ERHALTEN REDERECHT IM ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENT

Am 14.04.2015 stellten ÖVP, SPÖ und Grüne einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des österreichischen Nationalrats vor, der vorsieht, EU-Parlamentariern in europapolitisch relevanten Plenardebatten ein Rederecht zu gewähren.

Wegen der gemeinsamen Antragsstellung gilt die Verabschiedung (noch vor der Sommerpause) als sicher. Die Änderung sollte zum 01.08.2015 in Kraft treten. Danach könnten sich EP-Abgeordnete mindestens sechs Mal jährlich bei europapolitischen Debatten im Plenum des Nationalrats zu Wort melden. Damit wäre Österreich nach Bulgarien, Litauen, den Niederlanden und Ungarn das fünfte EU-Mitglied, das EU-Parlamentariern ein Rederecht in einem nationalen Parlament einräumt.

Ein entsprechender Antrag für den österreichischen Bundesrat sei in Vorbereitung und solle laut Bundesrats-Präsidentin *Sonja Zwazl* (ÖVP) noch vor der Sommerpause beschlossen werden.

Link zum Initiativantrag:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_00674/index.shtml



Pressemitteilung SPÖ:

<https://klub.spoe.at/story/rederecht-fuer-oesterreichische-eu-abgeordnete-kommt>

Pressemitteilung der ÖVP:

<http://www.oevp.at/klub/Rederecht-fuer-EU-Abgeordnete.psp>

STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

ASYL UND MIGRATION

GEMEINSAMER RAT DER INNEN- UND AUSSENMINISTER BERÄT ERSTE KONSEQUENZEN AUS FLÜCHTLINGSKATASTROPHEN; SONDERGIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS ANGEKÜNDIGT

Als Reaktion auf mehrere Flüchtlingskatastrophen vor der libyschen Küste mit vermutet über 1.000 Toten sowie heftiger öffentlicher Kritik an der EU fand am 20.04.2015 ein gemeinsames Treffen der Innen- und Außenminister der Union statt, bei dem über Konsequenzen aus den Unglücken beraten wurde. Es wurden keine formellen Beschlüsse gefasst; die Minister verständigten sich auf Vorschlag der Kommission jedoch als Erstreaktion darauf, die Mittel (Sachmittel wie zum Beispiel Schiffe sowie finanzielle Ausstattung des Einsatzes) für die laufende FRONTEX-Mission „Triton“ so anzuheben, dass die Maßnahmen zur Seenotrettung „verdoppelt“ werden können. Der Rat teilte zudem mit, dass sich die weitere Arbeit auf folgende drei Prioritäten konzentrieren soll:

- Bekämpfung von Netzwerken der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels; es wurden verschiedenen Optionen diskutiert, darunter eine Intensivierung der Polizei-Zusammenarbeit.
- Intensivierung der Seenotrettung durch Verstärkung der FRONTEX-Aktivitäten und Ausdehnung des Operationsgebietes.
- Fairere Lastenteilung bei Umsiedlungs- und Umverteilungsprojekten; Ankündigung eines Pilotvorhabens durch die Kommission.

Mögliche weitere Schritte auf Grundlage des von der Kommission vorgeschlagenen „Zehn-Punkte-Programms“ sollen bei einem Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der EU besprochen werden, das der Präsident des Europäischen Rates, *Donald Tusk*, für 23.04.2015 einberufen hat. *Tusk* dämpfte im Vorfeld die Erwartungen an den Gipfel – schnelle Lösungen für die Wurzeln der Flüchtlingskatastrophen werde es nicht geben, sonst hätte man sie ja bereits implementiert. *Tusk* verlangte aber „umgehende Beiträge“ aller Mitgliedstaaten zur Bewältigung der folgenden Herausforderungen, die am 23.04.2015 erörtert werden sollen:



- Bekämpfung der Schleusungskriminalität;
- Verbesserung der Seenotrettungshilfe;
- Unterstützung derjenigen Mitgliedstaaten, die besonders betroffen sind;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten.

Dem Gipfel soll ein Koordinationstreffen des Präsidenten des Rates mit der lettischen Ratspräsidentschaft, der Kommission und der Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik vorausgehen.

Weitere Informationen:

Ergebnis-Dokument des Rates zum Gemeinsamen Treffen der Innen- und Außenminister:

http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2015/04/st08146_en15_pdf/

PM der Kommission zum „10-Punkte-Plan“:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_en.htm

Beitrag des BMI zum Treffen der Innen- und Außenminister:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2015/04/eu-sondergipfel-zu-fluechtlingsunglueck-im-mittelmeer.html>

Statement der Kommission zu den Flüchtlingskatastrophen:

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-4800_en.pdf

Statement der Ratspräsidentschaft zu den Flüchtlingskatastrophen:

<https://eu2015.lv/news/media-releases/1306-statement-by-presidency-of-the-eu-council-on-developments-in-the-mediterranean>

Statement von EU-Parlamentspräsident Schulz zu den Flüchtlingskatastrophen:

http://www.europarl.europa.eu/the-president/de/press/press_release_speeches/press_release/press_release-2015/press_release-2015-april/html/schulz-fordert-neue-fluechtlings--und-migrationspolitik?webaction=view.acceptCookies

FRAKTIONSCHefs VON ALDE, EVP UND S&D FORDERN STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS AUF, KONSEQUENZEN AUS FLÜCHTLINGSKATASTROPHEN ZU ZIEHEN

Im Vorfeld des Sonder-Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs am 23.04.2015 in Brüssel haben die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen der ALDE, EVP und S&D, *Guy Verhofstadt*, *Manfred Weber* und *Gianni Pittella*, in einer gemeinsamen Erklärung gefordert, weitreichendere Konsequenzen aus den Flüchtlingskatastrophen der vergangenen Woche zu ziehen. Die Fraktionschefs zeigten sich unzufrieden mit den bisher vorgelegten Vorschlägen und forderten eine weitergehende, gesamteuropäische Antwort auf die Herausforderung zunehmender Fluchtbewegungen über das Mittelmeer. Sie kritisierten, dass die Mitgliedstaaten bisher nicht verpflichtet sind, FRONTEX Ressourcen zur Verfügung zu stellen, und forderten erstens eine deutliche Aufstockung der Mittel, um die Seenotrettung zu verbessern. Mit Blick auf die hohe Zahl noch erwarteter Flüchtlinge forderten die Fraktionschefs zweitens, alle zur Verfügung stehenden Optionen rasch zu prüfen, darunter einen verpflichtenden Solidaritätsmechanismus, die verstärkte Gewährung



humanitärer Visa, einen Notfall-Mechanismus für die Umsiedlung von Flüchtlingen und die Anwendung der Richtlinie 2001/55/EG über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms. Drittens forderten die Fraktionschefs eine effektive Bekämpfung von Menschenschmugglern und -händlern, unter anderem mittels einer effektiveren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit EUROPOL, FRONTEX, EASO und EUROJUST. Viertens forderten die Fraktionschefs zu prüfen, wie Asylverfahren beschleunigt werden können, und ob diese gegebenenfalls auch in Drittstaaten durchgeführt werden können.

Weitere Informationen:

Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen der ALDE, EVP und S&D:

<http://www.eppgroup.eu/de/press-release/Declaration-by-Chairmen-of-ALDE%2C-EPP%2C-S%26D-on-migration>

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

ANHÖRUNG DES LIBE-AUSSCHUSSES ZU HERAUSFORDERUNGEN DER INNEREN SICHERHEIT

Am 14.04.2015 fand im LIBE-Ausschuss des EP eine Anhörung zum Thema „Der Kampf gegen den Terrorismus und die Herausforderungen für die innere Sicherheit der EU“ statt. Die Anhörung diente unter anderem der Vorbereitung der Diskussion über die Europäische Agenda für die Innere Sicherheit, die am 28.04.2015 von der Kommission vorgestellt werden soll. Wichtigste Aussagen der angehörten Expertinnen und Experten:

- EUROPOL-Direktor *Rob Wainwright* schilderte eine sich weiter zuspitzende Terrorbedrohung in Europa, die sich in steigenden Anschlägen (Zunahme um rund 25 % von 2013 auf 2014) und Tatverdächtigen ausdrückt. Er begrüßte die geplante Einrichtung eines Terror-Abwehrzentrums bei EUROPOL; dafür werde kein neues Mandat benötigt. Die ebenfalls angekündigte neue strategische Analyseeinheit zur Überwachung der Internetnutzung von Terroristen wird zum 01.07.15 eingerichtet.
- *Dolgor Solongo*, UNODC, schilderte, wie sehr terroristische Strukturen von vorgefundenen Strukturen der OK, insbesondere des Waffen- und Drogenhandels profitieren.
- *Peter Neumann*, Kings College, London, stellte die Ergebnisse der Befragung von Foreign Fighters und Unterstützern vor. Vor allem die Unterstützer-Szene müsse mehr Beachtung gelten, nicht zuletzt mit Blick auf die wachsende Gefahr von Anschlägen auch innerhalb der EU.
- *Francesco Ragazzi* und *Didier Bigo* forderten eine klare Trennung zwischen „harten“ und „weichen“ Maßnahmen, die nicht verschwimmen dürfe. Andernfalls bestehe die Gefahr einer Stigmatisierung von Muslimen, die Radikalisierung begünstigen könne.
- *Mohamed Ajouaou*, Leiter der muslimischen Seelsorge in Gefängnissen der Niederlande, betonte die Notwendigkeit der Radikalisierung vorbeugender Maßnahmen.



- *Anna Nellberg-Dennis*, EUROCCP, forderte eine Verbesserung und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowie die Schaffung der notwendigen rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen.
- *Frédéric van Leeuw*, Generalstaatsanwalt, Belgien, schlug zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden eine verbesserte Sprachausbildung, vor allem in Englisch, vor. Zudem forderte er eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die Entwicklung der Technik.
- *Quirine Eljkmann*, Universität Leiden, bezeichnete die Anwerber als kritisches Potential und forderte, bei allen Maßnahmen stets die Auswirkung auf Muslime – auf deren Kooperation man angewiesen sei – mit zu bedenken.

INNERE SICHERHEIT

SCHENGEN-INFORMATIONSSYSTEM (SIS) IN GROSSBRITANNIEN EINSATZBEREIT

Am 13.04.2015 hat Großbritannien die Zusammenarbeit mit den beteiligten Mitgliedstaaten und Drittstaaten im Rahmen des Schengen-Informationssystems (SIS) aufgenommen. SIS, das zentrale Informationssystem für die operative Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der Schengen-Länder, ist seit diesem Tag auch in Großbritannien einsatzbereit. Großbritannien hat damit von seiner Opt-in-Möglichkeit für die Nutzung des SIS Gebrauch gemacht, beteiligt sich jedoch auch weiterhin nicht am gemeinsamen Schengen-Raum. Hintergrund der Entscheidung ist das Ziel, einen Anstieg irregulärer Migration zu vermeiden. Die Nutzung des SIS ist für Großbritannien deshalb auf den Anwendungsbereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit beschränkt. Mit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs ist das SIS nun in 29 Staaten einsatzbereit, darunter 25 Mitgliedstaaten und vier assoziierte Drittstaaten.

Weitere Informationen:

PM der Kommission:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2015/20150413_01_en.htm

CYBERSICHERHEIT

KOMMISSAR OETTINGER KÜNDIGT EU-MELDESTELLE FÜR CYBER-ANGRIFFE AN

Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, hat am 14.04.2015 anlässlich des Industrieforums „Hannover Messe“ weitere Überlegungen zur Schaffung eines Digitalen Binnenmarkts angestellt und dabei unter anderem die Schaffung einer europäischen „Netzagentur“ für Telekommunikation gefordert. Zugleich kündigte er die Einrichtung einer europäischen Meldestelle für Cyber-Angriffe an. Welche Aufgaben diese Stelle wahrnehmen soll, ließ *Oettinger* offen, ebenso, wie eine solche Stelle ausgestaltet, ausgestattet und angesiedelt werden soll.



FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

SERBIEN BETEILIGT SICH KÜNFTIG AM ZIVILSCHUTZMECHANISMUS DER EU

Am 16.04.2015 unterzeichneten die EU und die Republik Serbien ein Abkommen über die Beteiligung des Landes am Zivilschutzmechanismus der EU. Serbien tritt damit dem europäischen Kooperationsrahmen für die gegenseitige Unterstützung im Katastrophenschutz bei, dem bislang bereits 32 Staaten angehören. Serbien erhält damit Zugang zu den Instrumenten der Zusammenarbeit, darunter Frühwarnung und Beobachtung von Katastrophensituationen, gemeinsame Fortbildungen und Übungen sowie der Austausch von Informationen und besten Praktiken. Der Abschluss des Abkommens geht wesentlich zurück auf die schwere Hochwasserkatastrophe in den Staaten des westlichen Balkans im Mai 2014, während derer Serbien und das benachbarte Bosnien-Herzegowina vielfältige Unterstützung aus den EU-Mitgliedstaaten erhalten hatten.

Weitere Informationen:

PM der Kommission:

http://ec.europa.eu/echo/news/serbia-set-join-eu-civil-protection-mechanism_en

VERKEHRSSICHERHEIT

EUGH PRÄZISIERT AUSLEGUNG DER FÜHRERSCHEINRICHTLINIE BEI VERKEHRSVERSTÖßEN

Der EuGH hat am 23.04.2015 in seinem Urteil zur Rechtssache C-260/13 die Auslegung der Führerscheinrichtlinie hinsichtlich Verkehrsverstößen präzisiert, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats das Fehlen der Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen nach sich ziehen. Demnach steht die Richtlinie der rechtmäßigen Aberkennung der Gültigkeit des Führerscheins wegen einer Zuwiderhandlung seines Inhabers auch dann nicht grundsätzlich entgegen, wenn es sich um den Inhaber einer Fahrerlaubnis eines anderen Mitgliedstaats handelt. Allerdings muss der Mitgliedstaat, der einen Führerschein für sein Hoheitsgebiet aufgrund eines hierzu geeigneten Verstoßes nicht (länger) anerkennt, die Bedingungen festlegen, die der Inhaber dieses Führerscheins erfüllen muss, um das Recht wiederzuerlangen, im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates zu fahren. Diese Regelungen müssen nach Auffassung des EuGH den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beachten und insbesondere nicht die Grenzen dessen überschreiten, was zur Erreichung des von der Richtlinie verfolgten Ziels (nämlich der Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr) angemessen und erforderlich ist. Die in Deutschland geltende Regelung, welche ein Wiedererlangen der Fahrerlaubnis von der Vorlage eines medizinisch-psychologischen Gutachtens oder vom Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren abhängig macht, wird vom EuGH als wirksames und verhältnismäßiges Präventionsmittel angesehen, das somit mit der Führerscheinrichtlinie vereinbar ist.



Weitere Informationen:

PM des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-04/cp150040de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-260/13>

VERKEHRSPOLITIK

VERKEHRSAUSSCHUSS DES EP FORDERT ALTERNATIVE FINANZIERUNG DER INVESTITIONSOFFENSIVE

Der Verkehrsausschuss des EP hat am 15.04.2015 dem Vorschlag der Kommission für die Einrichtung des EFSI, welcher zur Anschubfinanzierung und Risikoabsicherung der geplanten Investitionsoffensive der EU (sogenannter *Juncker-Plan*; 315 Mrd. €-Paket) dienen soll, grundsätzlich zugestimmt. Zugleich hat der Ausschuss jedoch Änderungen bei der Finanzierung des EFSI verlangt. Während die Kommission die für den EFSI erforderlichen Mittel unter anderem durch Einschnitte in das Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ und den Fonds zur Finanzierung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in Europa (Connecting Europe Facility, CEF) aufbringen möchte, fordert der Verkehrsausschuss, dass die Mittel aus dem CEF dort nur temporär entnommen werden sollen. Mit der Halbzeitprüfung für den Fonds 2016 sollen sie aus anderen Haushaltstiteln ersetzt und in den CEF zurückgeführt werden. Der TRAN-Ausschuss führt zum Beispiel nicht aus EU-Programmen abgerufene Gelder als alternative Finanzierungsquelle an. Diese Haltung des TRAN-Ausschusses wurde auch von den maßgeblichen Ausschüssen des EP, Haushalt sowie Wirtschaft und Währung, in Abstimmungen am 20.04.2015 aufgegriffen. Diese stimmten der EFSI-Verordnung ebenfalls im Grundsatz zu, verlangten jedoch noch deutlicher, nicht die bestehenden Titel „Horizon 2020“ und „CEF“ zu beschneiden. Die Finanzierungsfrage dürfte damit im Mittelpunkt der nun erforderlichen Verhandlungen mit Rat und Kommission stehen. Aber auch über die Verfahren der Entscheidung, welche Projekte mit Mitteln des EFSI verwirklicht werden sollen, muss eine Einigung gefunden werden (siehe Bericht des StMFLH in diesem EB).

Triloggespräche über die EFSI-Verordnung sollen noch in dieser Woche beginnen. Im Juni 2015 soll die Verordnung beschlossen werden, der Fonds ab September 2015 einsatzbereit sein. Dies setzt eine Einigung insbesondere über die Herkunft der Mittel für den EFSI voraus.

Weitere Informationen:

PM des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20150420IPR42732/20150420IPR42732_en.pdf

PM der EVP-Fraktion:

<http://www.eppgroup.eu/press-release/96769?usebuid=4336>

Entwurf der EFSI-Verordnung:

http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/docs/proposal_regulation_efs_i_de.pdf



LUFTVERKEHR

DEBATTE ÜBER WETTBEWERBSSITUATION IM LUFTVERKEHR SPITZT SICH ZU

Zwischen 17. und 21.04.2015 haben zunächst die International Airlines Group (IAG), Muttergesellschaft von British Airways und Iberia, dann die Fluggesellschaft Air Berlin den europäischen Dachverband der Fluggesellschaften, AEA, verlassen. Anlass gab ein seit längerem schwelender Streit über den Umgang mit der Wettbewerbssituation im internationalen Luftverkehr. Während der Dachverband AEA die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgefordert hat, Wettbewerbsverzerrungen durch Airlines aus den Golfstaaten einzudämmen, vertreten die Gesellschaften, die nun ausgetreten sind, einen liberalen Öffnungskurs. Der Ausstieg der Gesellschaften aus dem Dachverband AEA manifestiert eine Zuspitzung der laufenden Debatte über angemessene Antworten auf die Wettbewerbsvorteile von Airlines aus den Golfstaaten, die neben den Fluggesellschaften auch die europäischen Flughäfen und Flugzeughersteller betrifft.

Die Kommission wird voraussichtlich gegen Ende des Jahres 2015 Vorschläge präsentieren, wie sie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Luftverkehrswirtschaft verbessern will. Dabei wird die Kommission auch zum Umgang mit Subventionen in Drittstaaten Stellung beziehen. Gemeinsames Ziel der Branche und der Kommission ist es, dem schleichenden Verlust von Interkontinental-Verbindungen an außereuropäische Anbieter und Flughäfen zu begegnen.

Weitere Informationen:

Bericht des Manager-Magazins:

http://boersen.manager-magazin.de/spon/news_news.htn?sektion=unternehmen&id=10441927

Bericht der Wirtschafts-Woche:

<http://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/riesenkrach-bei-europas-fluggesellschaften-streit-um-golf-airlines-spaltet-die-branche/11646742.html>

Bericht der Aero-Luftnachrichten:

<http://www.aero.de/news-21546/Turkish-Airlines-Chef-Europaeische-Flughafen-verlieren-Anschluss.html>

GÜTERVERKEHR

RAT VERABSCHIEDET ÄNDERUNGEN DER RICHTLINIE ZU MASSEN UND GEWICHTEN VON LKW

Der Rat für allgemeine Angelegenheiten hat am 20.04.2015 den zuvor vom Parlament in zweiter Lesung verabschiedeten Kompromiss zur Änderung der Richtlinie zu Massen und Gewichten von Lkw (EB 06/15) gebilligt. Damit ist das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen. Die Änderungsrichtlinie wird nun zwanzig Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Den Mitgliedstaaten bleiben dann zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht zu übertragen. Drei Jahre nach dieser Frist ist eine erste Überprüfung vorgesehen.



Weitere Informationen:

PM des Rats:

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/04/20-safer-greener-lorries-approved/>

Stellungnahme der Kommission:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%207513%202015%20ADD%201>

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

BAGATELLVERFAHREN: JURI-AUSSCHUSS STIMMT FÜR GESTAFFELTE ANHEBUNG DER STREITWERTGRENZE

Am 16.04.2015 nahmen die Abgeordneten des Rechtsausschusses (JURI) den Berichtsentwurf der Berichterstatterin *Lidia Joanna Geringer de Oedenberg* (S&D/POL) zum Vorschlag der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 vom 11.07.2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 vom 12.12.2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens („Small-Claims-Verordnung“, EB 13/13) mit einer überwiegenden Mehrheit von 23 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen an.

Der Ausschuss unterstützte nun das Ansinnen der Kommission für eine Anhebung des Grenzwertes, allerdings für eine gestaffelte: ein Schwellenwert in Höhe von 10.000 € soll demnach nur für juristische Personen, für natürliche Personen hingegen von bis zu 5.000 € gelten. Die teils gewünschte Erhöhung des Schwellenwertes bei juristischen Personen auf sogar 15.000 € konnte sich hingegen nicht durchsetzen.

Die Gerichtsgebühren sollen hingegen sogar auf 5 % reduziert werden.

Da die Berichterstatterin *Lidia Joanna Geringer de Oedenberg* das Mandat für die Trilogverhandlungen erhalten hat, können diese nun alsbald aufgenommen werden.

Link zum ursprünglichen Berichtsentwurf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bCOMPARL%2bPE-539.630%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

Pressemitteilung des JURI-Ausschusses zum Abstimmungsergebnis (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20150416IPR42449%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>



VORLÄUFIGE EINIGUNG BEI TRILOGVERHANDLUNGEN ZUR REFORM DES MARKENRECHTS

Die Kommission hatte am 27.03.2013 ein Paket zur Reform des Markenrechts vorgelegt (EB 06/13), welches aus zwei Legislativvorschlägen und einem Durchführungsakt besteht. Mittels des Richtlinienvorschlags zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken soll die Richtlinie aus dem Jahre 1989 (2008/95/EG) neu gefasst werden, während mit dem Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Gemeinschaftsmarken die entsprechende Verordnung aus dem Jahre 1994 überarbeitet werden soll. Zu diesen beiden Legislativvorschlägen erzielten Rat, Kommission und EP nun offenbar eine vorläufige Einigung.

Diese vorläufige Einigung muss noch formell vom Rat und EP angenommen werden, was in den nächsten Wochen erwartet wird.

Pressemeldung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4823_en.htm

Pressemeldung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20150421IPR43403/html/Modernising-trade-mark-legislation-MEPs-strike-deal-with-the-Latvian-presidency>

STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

ECON- UND HAUSHALTSAUSSCHUSS LEGEN GEMEINSAMEN STANDPUNKT ZUR EFSI-VERORDNUNG FEST

Am 20.04.2014 haben die Abgeordneten des Haushaltsausschusses (BUDG) und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) mit breiter Mehrheit das Verhandlungsmandat des EP für die Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) beschlossen. Eine inhaltliche Aussprache fand nicht mehr statt. Die Forderungen des EP betreffen Mitspracherechte des EP bei der Besetzung der Entscheidungsgremien und bei den Projektauswahlkriterien, Rechenschafts- und Berichtspflichten sowie vor allem die Frage der Finanzierung des EU-Garantiefonds. Zwar soll die Garantie unwiderruflich und uneingeschränkt gelten und der Garantiefonds bis 2022 mit 8 Mrd. € befüllt werden, jedoch wollen sich die Abgeordneten nicht auf eine Kürzung der Mittel für das Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 und die Connecting Europe Fazilität (CEF) in Höhe von insgesamt 6 Mrd. € festlegen. Stattdessen soll die Finanzierung den jährlichen Haushaltsverhandlungen vorbehalten bleiben. Kommission und Rat sehen durch die unsichere Finanzierung die Glaubwürdigkeit des Fonds in Frage gestellt. Berichterstatter waren die Abgeordneten *José Manuel Fernandes* (EVP/PRT) für den Haushaltsausschuss und *Udo Bullmann* (S&D/DEU) für den ECON. Der Beschluss wurde mit 69 zu 13 Stimmen bei sechs Enthaltungen



angenommen. Des Weiteren wurde mit 71 zu sechs Stimmen bei elf Enthaltungen beschlossen, bereits am 23.04.2015 mit den Trilogverhandlungen zu beginnen. Die Mitgliedstaaten haben sich im Rat bereits am 10.03.2015 auf eine allgemeine Ausrichtung geeinigt (EB 06/15). Die EFSI-Verordnung soll spätestens zur Plenarsitzung im Juni (08. - 11.06.2015) verabschiedet werden und der neue Fonds bis September 2015 seine Arbeit aufnehmen. Eine Überprüfung der Investitionsoffensive ist bis Mitte 2016 vorgesehen. Der Vorsitzende des ECON-Ausschusses, *Roberto Gualtieri* (S&D/ITA), betonte, dass in den Trilogverhandlungen mit Kommission und Rat eine schnelle Einigung angestrebt werde, sodass der Fonds so bald wie möglich einsatzbereit sei.

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20150420IPR42732/20150420IPR42732_en.pdf

EIB UND EIF GENEHMIGEN ERSTE EFSI-PROJEKTE

Am 20.04.2015 haben die Verwaltungsräte der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Investitionsfonds (EIF) erste Projekte und Operationen genehmigt, die für eine spätere Finanzierung durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in Frage kommen. Die EIB hat Darlehen in Höhe von insgesamt 300 Mio. € bewilligt, die der Gesundheitsforschung in Spanien, dem Ausbau des kroatischen Flughafens Dubrovnik, dem Bau von 14 neuen Gesundheitszentren in Irland sowie Projekten zur industriellen Innovation in Italien zugutekommen sollen. In den nächsten Monaten müssen noch die verbliebenen rechtlichen und finanziellen Fragen geklärt werden, bevor die Projekte abgeschlossen werden können. Der EIF billigte Investitionen in innovative KMU und Midcap-Unternehmen im Umfang von insgesamt 1,3 Mrd. €. Die Mittel sollen als Globaldarlehen Förderbanken und -instituten in Frankreich, Portugal und Großbritannien bereitgestellt werden. In den nächsten Monaten möchte der EIF weitere Operationen genehmigen. Insgesamt soll die Mittelvergabe an europäische Unternehmen aufgrund der EFSI-Garantie mit zusätzlichen 20 Mrd. € in den nächsten 30 Monaten mehr als verdoppelt werden. Allerdings weist die EIB auch darauf hin, dass Rat und EP die EFSI-Verordnung noch nicht verabschiedet haben und die Frage der Finanzierung des Garantiefonds noch nicht geklärt ist. Diese Investitionsvorhaben gelten vielmehr als beispielhaft für eine spätere Finanzierung durch den EFSI und werden von der EIB und dem EIF vorfinanziert.

Pressemitteilung der EIB:

<http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2015/2015-086-eib-group-proposes-first-operations-for-efsi-guarantee-and-rolls-out-the-investment-plan-for-europe.htm>

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-4830_de.pdf



EUROSTAT VERÖFFENTLICHT HAUSHALTSZAHLEN FÜR 2014

Die europäische Statistikbehörde Eurostat hat am 21.04.2015 neue Zahlen zu den öffentlichen Defiziten und zum Schuldenstand im Euroraum und in der EU für das Jahr 2014 veröffentlicht. Demnach beläuft sich das Haushaltsdefizit im Euroraum auf 2,4 % des BIP (bereits unter Berücksichtigung des Neumitglieds Litauen) und in allen Mitgliedstaaten auf 2,9 %. Der öffentliche Schuldenstand lag bei 91,9 % und 86,8 %. Damit ist das öffentliche Defizit gegenüber 2013 (Eurozone: 2,9 %; EU28: 3,2 %) erneut zurückgegangen, der Schuldenstand insgesamt aber weiter angestiegen. Im Jahr 2014 haben zwölf (2010: zehn) Mitgliedstaaten ein Defizit über der 3 %-Maastricht-Grenze aufgewiesen: Zypern (-8,8 %), Spanien (-5,8 %), Kroatien und das Vereinigte Königreich (jeweils -5,7 %), Slowenien (-4,9 %), Portugal (-4,5 %), Irland (-4,1 %), Frankreich (-4,0 %), Griechenland (-3,5 %) sowie Belgien, Polen und Finnland (jeweils -3,2 %). Die höchsten Verschuldungsquoten verzeichneten 2014 erneut Griechenland (177,1 %), Italien (132,1 %), Portugal (130,2 %), Irland (109,7 %), Zypern (107,5 %) und Belgien (106,5 %), wobei sich Irland auch dank eines kräftigen Wirtschaftswachstums deutlich verbessern konnte (2013: 123,2 %). Dänemark (+1,2 %), Deutschland (+0,7 %), Estland und Luxemburg (jeweils +0,6 %) bescheinigt Eurostat einen ausgeglichenen Haushalt. In Deutschland ist zudem die Verschuldungsquote deutlich von 77,1 % in 2013 auf 74,7 % des BIP gesunken. Anfang Mai wird die Kommission ihre Frühjahrsprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU in den Jahren 2015 und 2016 veröffentlichen. Diese Prognose wird auch neue Schätzungen zu Defizit und Schuldenstand in den genannten Jahren enthalten. Diese sind Grundlage für die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise in den Defizitverfahren.

Pressemitteilung von Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6796753/2-21042015-AP-DE.pdf/28a7cf93-61e6-4a81-85c7-1a168866e3ba>

KOMMISSION SCHLÄGT ZWEI BERICHTIGUNGSHAUSHALTE FÜR 2015 VOR

Am 15.04.2015 hat die Kommission zwei Vorschläge zu Nachtragshaushalten für das laufende Haushaltsjahr 2015 vorgelegt. Mit dem Berichtigungshaushalt Nr. 3 wird der Haushaltsüberschuss aus dem Jahr 2014 in Höhe von 1,43 Mrd. € auf den laufenden Haushalt übertragen. Der Überschuss resultiert vor allem aus wettbewerbsrechtlichen Bußgeldern und höheren Zolleinnahmen. Damit verringern sich die Beiträge der Mitgliedstaaten zur Finanzierung des Haushalts 2015 entsprechend. Bei der Umlegung auf die einzelnen Mitgliedstaaten werden die aktuellen Schätzungen zu den Eigenmitteln, insbesondere das Bruttonationaleinkommen, berücksichtigt. Der Berichtigungshaushalt Nr. 4 soll Katastrophenhilfe aus dem EU-Solidaritätsfonds in Höhe von 66,5 Mio. € freigeben. Die Inanspruchnahme bezieht sich auf zwei Überschwemmungen in Rumänien und jeweils eine Überschwemmung in Bulgarien und Italien im Jahr 2014.

Weitergehende Informationen:

http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/2015/2015_en.cfm#dab3



VIZEPRÄSIDENTIN GEORGIEVA STELLT ZAHLUNGSPLAN ZUM ABBAU DER AUSSENSTÄNDE IM HAUSHALTAUSSCHUSS VOR

Am 16.04.2015 hat die für den EU-Haushalt zuständige Vizepräsidentin *Kristalina Georgieva* die Elemente eines Zahlungsplans im EP-Haushaltsausschuss (BUDG) vorgestellt, mit dem die Zahlungsausstände abgebaut werden sollen. Dies war eine Forderung des EP in den Verhandlungen zum Jahreshaushalt 2015 und zu den Berichtigungshaushalten für 2014. *Georgieva* geht davon aus, dass das Problem der unbezahlten Rechnungen in Rubrik 1b (Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung) bis Ende 2016 gelöst werden könnte. Voraussetzung ist ein vernünftiger Haushaltsansatz für 2016. Zum Ende 2014 schätzt die Kommission die Außenstände auf 24,7 Mrd. €. Im laufenden Haushaltsjahr 2015 wird ein Rückgang auf circa 20 Mrd. € erwartet und bis Ende 2016 auf 2,0 Mrd. €. Dafür notwendig seien aber zusätzliche Mittel im Haushalt für 2016 in Höhe von 23,5 Mrd. €. Probleme sieht *Georgieva* aufgrund der unsicheren Weltlage zudem in Rubrik 4 (Europa in der Welt). Als Ursachen für die Zahlungsausstände nennt der Zahlungsplan den zyklischen Anstieg der Zahlungsforderungen am Ende des letzten Mehrjährigen Finanzrahmens 2007 - 2013 sowie die Reduzierung der Zahlungsverpflichtungen bei Rubrik 1b im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020. Zusätzlich möchte die Kommission einige Lehren für die Haushaltsführung in der Zukunft ziehen. So sollen die Programme schnell und möglichst zu Beginn des Programmzeitraums durchgeführt werden, um die zyklischen Effekte (sogenannter Jojo-Effekt) zu vermindern. Außerdem sollten die Zahlungsansprüche regelmäßig und frühzeitig übermittelt werden. Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses forderten insbesondere Haushaltsdaten auch für die Jahre nach 2016 und eine Neugestaltung des Mehrjährigen Finanzrahmens, um den Jojo-Effekt zu vermeiden.

EUGH: EINTRAGUNG EINER GRIECHISCHEN GESELLSCHAFT IN FRÜHWARNSYSTEM ZUM SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU NICHTIG

Der EuGH hat am 22.04.2015 in der Rechtssache T-320/09 entschieden, dass die Eintragung einer griechischen Gesellschaft in das von der Kommission eingeführte Frühwarnsystem zum Schutz der finanziellen Interessen der Union nichtig ist. Zudem stellten die Richter fest, dass die Kommission überhaupt nicht für die Einführung eines solchen Systems zuständig war und die Verteidigungsrechte der Betroffenen missachtet hat. Weder aus den Verträgen noch aus der Haushaltsordnung ergebe sich eine Rechtsgrundlage für die Verhängung präventiver Maßnahmen. Im Jahr 2008 hat die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EU ein Frühwarnsystem eingeführt. Dieses besteht aus einer Datenbank, an die EU-Institutionen natürliche und juristische Personen melden können, die im Verdacht stehen, ein Risiko für die finanziellen Interessen der Union darzustellen. Gegen die Klägerin liefen seit 2007 Ermittlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) wegen vermuteter Unregelmäßigkeiten bei drei EU-finanzierten Projekten in Syrien. In diesem Zusammenhang beantragte OLAF die Eintragung der Gesellschaft in das Frühwarnsystem.



Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-04/cp150039de.pdf>

Urteil des EuGH (in englischer Sprache):

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=163862&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=310779>

EUGH: BESTEUERUNG VON STILLEN RESERVEN VERSTÖSST GEGEN NIEDERLASSUNGSFREIHEIT

Am 16.04.2015 hat der EuGH in der Rechtssache C-591/13 entschieden, dass Deutschland bei der Besteuerung stiller Reserven gegen die Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 49 AEUV verstößt. Damit haben die Richter der Kommission im Vertragsverletzungsverfahren wegen diskriminierender Steuervorschriften für stille Reserven Recht gegeben. Streitig war die Stundungsregelung in § 6b Einkommenssteuergesetz, nach der die Stundung der Steuerschuld für Gewinne, die bei der entgeltlichen Veräußerung von Anlagegütern einer in Deutschland gelegenen Betriebsstätte des Steuerpflichtigen anfallen, nur möglich ist, wenn diese Gewinne in den Erwerb von Ersatzwirtschaftsgütern reinvestiert werden, die zum Anlagevermögen einer inländischen Betriebsstätte des Steuerpflichtigen gehören. Im Falle der Übertragung der Gewinne auf im EU- oder EWR-Ausland gelegene Anlagegüter ist die Steuer auf die Gewinne dagegen sofort fällig. Der EuGH ist der Argumentation der Kommission gefolgt und sieht darin eine Ungleichbehandlung, die in Deutschland ansässige Unternehmen davon abhalten könnte, eine wirtschaftliche Tätigkeit in einer Betriebsstätte in einem anderen Mitgliedstaat der EU und des EWR auszuüben. Diese Diskriminierung sei weder durch die Territorialität der Besteuerung noch aufgrund der Kohärenz des nationalen Steuersystems gerechtfertigt, so der EuGH.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=9ea7d0f130def5a660915d6c48e28d04ee3951f0a9cc.e34KaxiLc3eQc40LaxqMbN4ObxaPe0?text=&docid=163710&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=26055>



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

ECON- UND HAUSHALTSAUSSCHUSS LEGEN GEMEINSAMEN STANDPUNKT ZUR EFSI-VERORDNUNG FEST

Am 20.04.2014 haben die Abgeordneten des Haushaltsausschusses (BUDG) und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) mit breiter Mehrheit das Verhandlungsmandat des EP für die Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) beschlossen. Eine inhaltliche Aussprache fand nicht mehr statt. Die Forderungen des EP betreffen Mitspracherechte des EP bei der Besetzung der Entscheidungsgremien und bei den Projektauswahlkriterien, Rechenschafts- und Berichtspflichten sowie vor allem die Frage der Finanzierung des EU-Garantiefonds. Zwar soll die Garantie unwiderruflich und uneingeschränkt gelten und der Garantiefonds bis 2022 mit 8 Mrd. € befüllt werden, jedoch wollen sich die Abgeordneten nicht auf eine Kürzung der Mittel für das Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 und die Connecting Europe Fazilität (CEF) in Höhe von insgesamt 6 Mrd. € festlegen. Stattdessen soll die Finanzierung den jährlichen Haushaltsverhandlungen vorbehalten bleiben. Kommission und Rat sehen durch die unsichere Finanzierung die Glaubwürdigkeit des Fonds in Frage gestellt. Berichterstatter waren die Abgeordneten *José Manuel Fernandes* (EVP/PRT) für den Haushaltsausschuss und *Udo Bullmann* (S&D/DEU) für den ECON. Der Beschluss wurde mit 69 zu 13 Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. Des Weiteren wurde mit 71 zu sechs Stimmen bei elf Enthaltungen beschlossen, bereits am 23.04.2015 mit den Trilogverhandlungen zu beginnen. Die Mitgliedstaaten haben sich im Rat bereits am 10.03.2015 auf eine allgemeine Ausrichtung geeinigt (EB 06/15). Die EFSI-Verordnung soll spätestens zur Plenarsitzung im Juni (08. - 11.06.2015) verabschiedet werden und der neue Fonds bis September 2015 seine Arbeit aufnehmen. Eine Überprüfung der Investitionsoffensive ist bis Mitte 2016 vorgesehen. Der Vorsitzende des ECON-Ausschusses, *Roberto Gualtieri* (S&D/ITA), betonte, dass in den Trilogverhandlungen mit Kommission und Rat eine schnelle Einigung angestrebt werde, sodass der Fonds so bald wie möglich einsatzbereit sei (siehe hierzu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20150420IPR42732/20150420IPR42732_en.pdf

EIB UND EIF GENEHMIGEN ERSTE EFSI-PROJEKTE

Am 20.04.2015 haben die Verwaltungsräte der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Investitionsfonds (EIF) erste Projekte und Operationen genehmigt, die für eine spätere Finanzierung durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in Frage kommen. Die EIB hat Darlehen in Höhe von insgesamt 300 Mio. € bewilligt, die der Gesundheitsforschung in Spanien, dem Ausbau des



Flughafens Dubrovnik in Kroatien, dem Bau von 14 neuen Gesundheitszentren in Irland sowie Projekten zur industriellen Innovation in Italien zugutekommen sollen. In den nächsten Monaten müssen noch die verbliebenen rechtlichen und finanziellen Fragen geklärt werden, bevor die Projekte abgeschlossen werden können. Der EIF billigte Investitionen in innovative KMU und Midcap-Unternehmen im Umfang von insgesamt 1,3 Mrd. €. Die Mittel sollen als Globaldarlehen Förderbanken und -instituten in Frankreich, Portugal und Großbritannien bereitgestellt werden. In den nächsten Monaten möchte der EIF weitere Operationen genehmigen. Insgesamt soll die Mittelvergabe an europäische Unternehmen aufgrund der EFSI-Garantie mit zusätzlichen 20 Mrd. € in den nächsten 30 Monaten mehr als verdoppelt werden. Allerdings weist die EIB auch darauf hin, dass die Gesetzgeber Rat und EP die EFSI-Verordnung noch nicht verabschiedet haben und die Frage der Finanzierung noch nicht geklärt ist. Diese Investitionsvorhaben gelten vielmehr als beispielhaft für eine spätere Finanzierung durch den EFSI und werden von der EIB und dem EIF vorfinanziert (siehe hierzu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der EIB:

<http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2015/2015-086-eib-group-proposes-first-operations-for-efsi-guarantee-and-rolls-out-the-investment-plan-for-europe.htm>

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-4830_de.pdf

AUßENWIRTSCHAFT

BERICHT DER KOMMISSION SAGT POSITIVE AUSWIRKUNGEN VON TTIP AUF KMU VORAUS

Die Kommission hat am 20.04.2015 einen Bericht über den Einfluss einer künftigen Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf die Exporte europäischer KMU veröffentlicht. Der Bericht basiert auf einer im Jahre 2014 durchgeführten Studie unter KMU mit Hinblick auf die Herausforderungen, denen diese beim Export in die USA gegenüberstehen. Bereits jetzt würden KMU eine große Rolle im europäischen Handel mit den Vereinigten Staaten spielen: 28 % aller EU-Exporte in die USA werden von KMU durchgeführt, wobei Deutschland mit 15 % unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Die Umfrage zeigt jedoch auf, dass viele KMU immer noch mit Schwierigkeiten beim Handel mit den USA zu kämpfen haben, bei denen TTIP wiederum Abhilfe leisten würde.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4802_de.htm

Bericht der Kommission (in englischer Sprache):

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/april/tradoc_153348.pdf



NEUNTE VERHANDLUNGSRUNDE ZU TTIP IN DEN USA

In der Woche vom 20. - 24.04.2015 findet die neunte Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA in New York City, USA statt. Dabei geht es insbesondere um die regulatorische Zusammenarbeit, aber auch um das Thema Marktzugang auf horizontaler Ebene (technische Handelsbarrieren, sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen, regulatorische Kohärenz) und regulatorische Annäherung in Schlüsselsektoren wie pharmazeutische Produkte, Automotive, Chemikalien, Textilien, Kosmetika, medizinische Geräte, das Ingenieurwesen, Pestizide und den IKT-Bereich. Auch die Themen Energie und Rohstoffe, Zollkooperationen und andere Handelserleichterungen stehen auf der Agenda. Weiterhin ausgeklammert bleibt das Thema Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS), zu dem die Kommission in den nächsten Wochen ihr weiteres Vorgehen ankündigen will.

Bekanntmachung der Kommission (in englischer Sprache):

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/events/index.cfm?id=1287>

ENERGIE

TRILOGEINIGUNG ZUR RICHTLINIE ÜBER BIOKRAFTSTOFFE UND DIE ANRECHNUNG VON INDIREKTEN LANDNUTZUNGSÄNDERUNGEN (ILUC)

Der EP-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hat am 14.04.2015 den kurz zuvor zwischen EP und Rat erzielten Kompromiss der Trilogverhandlungen über die Änderung der Kraftstoffqualitäts-Richtlinie 98/70/EG und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2009/28/EG über Biokraftstoffe sowie zur Anrechnung von indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) bestätigt. Die Trilogereinigung sieht einen Maximalanteil von 7 % dieser Biokraftstoffe bis 2020 vor. Damit setzte sich der Rat gegenüber dem EP (Forderung nach 6 %; EB 05/15) durch, genauso wie bei einem lediglich unverbindlichen Mindestziel für die Mitgliedstaaten, den Anteil von „fortschrittlichen Kraftstoffen“ wie etwa aus Algen oder Abfällen bis 2020 auf 0,5 % zu steigern (das EP hatte ein verbindliches Ziel von 1,25 % gefordert). Der Kompromisstext bedarf nun noch der für den 27.04.2015 angesetzten Abstimmung im EP-Plenum und der Annahme im Rat.

Pressemitteilung des ENVI-Ausschusses (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20150413IPR41649%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

Trilogergebnis (in englischer Sprache):

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/envi/dv/iluc_text_compromise_/iluc_text_compromise_en.pdf



SONSTIGES

KOMMISSION GENEHMIGT NEUES JOINT VENTURE BEEGY MIT BAYERISCHER UNTERNEHMENS BETEILIGUNG

Die Kommission hat am 21.04.2015 die Schaffung eines Joint Ventures zwischen den Münchner Unternehmen BayWa AG und GreenCom Networks AG, der MVV Energie AG aus Mannheim, sowie der irischen GlenDimplex Ltd. genehmigt. Die neuen Anteilseigner sind alle im Energiesektor oder, im Fall von GreenCom Networks, als Softwarespezialist aktiv. Das Joint Venture, das den Namen BEEGY GmbH trägt, wird Produkte und Dienstleistungen im Bereich des dezentralen Energiemanagements anbieten. Neben dem Hauptsitz in Mannheim wurde eine Nebenstelle in München eingerichtet. Die Kommission sah bei dem Zusammenschluss keine wettbewerbsschädlichen Effekte, da die Unternehmen bislang unterschiedlichen Aktivitäten auf dem Markt nachgehen und ein geringes Zulieferergeschäft untereinander betreiben. Die Genehmigung erfolgte im vereinfachten Verfahren gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

<http://europa.eu/rapid/midday-express-22-04-2015.htm>

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

SITZUNG DES AGRARRATS AM 20.04.2015

Am 20.04.2015 tagte der Agrarrat in Luxemburg unter dem Vorsitz des lettischen Landwirtschaftsministers *Jānis Dūklavs*. Die inhaltlichen Schwerpunkte waren der Mehrjahresplan für die Fischerei in der Ostsee, die Position der EU bei der nächsten Tagung des Waldforums der Vereinten Nationen, die Vorstellung eines Finanzinstrumentes für die Landwirtschaft in Kooperation mit der EIB, die Herkunftskennzeichnung bestimmter Nahrungsmittelprodukte und die Expo 2015 in Mailand. Der nächste Agrarrat findet voraussichtlich am 11.05.2015 in Brüssel statt.

Wichtigste Ergebnisse des Rates:

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2015/04/20/>

Weiterführende Informationen zur Bewirtschaftung der Fischbestände der EU:

<http://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-fish-stocks/>



AGRI STIMMT ÄNDERUNGSVORSCHLÄGEN ZUR BEIHILFEREGELUNG FÜR DIE ABGABE VON OBST, GEMÜSE UND MILCH IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN ZU

Am 14.04.2015 stimmte der Landwirtschaftsausschuss des EP über Änderungsvorschläge für die Beihilferegelung für die Abgabe von Obst, Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen ab. Die neuen Regelungen sollen überflüssige Bürokratie abbauen und die gesunde Ernährung von Kindern in der EU fördern.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150413STO41754/html/Obst-Gem%C3%BCse-und-Milch-f%C3%BCr-Schulkinder>

BERICHT ÜBER DIE SITZUNG DES AGRI VOM 14.04.2015 UND 16.04.2015

Am 14.04.2015 und 16.04.2015 fand die Sitzung des AGRI im EP in Brüssel statt. Im Einzelnen wurden die nachfolgenden Themen beraten.

NEUE ABSATZFÖRDERUNGSPROGRAMME FÜR AGRARERZEUGNISSE IN DER EU GENEHMIGT

Am 21.04.2015 hat die Kommission 41 neue Programme zur Förderung des Absatzes von Agrarerzeugnissen in der EU und auf Drittlandsmärkten genehmigt. Als Reaktion auf das Russland-Embargo letztes Jahr hat die Kommission zusätzliche 30 Mio. € an EU-Geldern für die Ausweitung der Absatzmärkte zur Verfügung gestellt. Diese fließen jetzt in Programme aus 18 Mitgliedstaaten, die sich auf Agrarerzeugnisse, wie frisches Obst und Gemüse, Milcherzeugnisse, Olivenöl, ökologische Erzeugnisse und Fleisch beziehen.

Pressemitteilung Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4809_de.htm

Grundlegende Informationen über die Fördermaßnahmen:

http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/index_en.htm

Link zur Liste der genehmigten Programme:

http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/campaigns/2015/2015_de.pdf

ÖFFENTLICHE KONSULTATION ÜBER DIE EU-HOLZVERORDNUNG

Seit dem 15.04.2015 können sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger, betroffene Stakeholder und die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und Regionen an der öffentlichen Konsultation über die im Jahr 2010 eingeführte EU-Holzverordnung (EU) 995/2010 (EUTR) beteiligen. Die Kommission erhofft sich dadurch ein Meinungsbild über die ersten Erfahrungen der Öffentlichkeit und der betroffenen Stakeholder innerhalb der ersten zwei Jahre nach Einführung der Regulierung. Bis zum 03.07.2015 kann auf der Internetseite der Kommission eine entsprechende Rückmeldung abgegeben werden.



Öffentliche Konsultation zur EU-Holzverordnung:

http://ec.europa.eu/environment/consultations_en.htm

Allgemeine Informationen über die EU-Holzverordnung (auf Englisch):

http://ec.europa.eu/environment/forests/timber_regulation.htm

Verordnungstext:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32010R0995&from=EN>

NEUE VORSCHRIFTEN FÜR REBPFLANZUNGEN AB 01.01.2016

Am 09.04.2015 hat die Kommission die Vorschriften (Delegierte Verordnung (EU) 2015/560 der Kommission vom 15.12.14 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des EP und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebplantungen und Durchführungsverordnung (EU) 2015/561 der Kommission vom 07.04.15 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des EP und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebplantungen) für ein neues Genehmigungssystem für Rebplantungen veröffentlicht. Ab dem 01.01.2016 treten die neuen Vorschriften in Kraft. Jeder Mitgliedstaat erhält das Recht, seine Rebflächen jährlich um 1 % auszudehnen. Die EU-Winzer erhalten dadurch mehr Flexibilität, um ihre Erzeugung schrittweise auszuweiten und sich der steigenden weltweiten Nachfrage anzupassen. Die neuen Vorschriften werden die bisherige vorübergehende Pflanzungsrechtsregelung ersetzen.

Link zur Pressemitteilung der Kommission vom 09.04.15 inklusive der genannten Studie:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4752_de.htm

Link zu den Rechtstexten:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2015:093:FULL&from=DE>

KÜRZUNG DER EU-DIREKTZAHLUNGEN FÜR DAS ANTRAGSJAHR 2015 VORAUSSICHTLICH BEI 1,39 %

Am 27.03.2015 unterbreitete die Kommission den Vorschlag, die Direktzahlungen, die über dem Freibetrag von 2.000 € pro Betrieb liegen, für das Antragsjahr 2015 um rund 1,39 % zu kürzen. Die dadurch einbehaltenen 441,6 Mio. € fließen in einen Krisenfonds, auf den im Falle einer Krise im Agrarsektor zurückgegriffen werden kann. Für den Fall, dass die Krisenrücklage nicht benötigt wird, erfolgt die Auszahlung der einbehaltenen Gelder an die Landwirte mit den Direktzahlungen im Folgejahr. Bis zum Oktober 2015 kann der endgültige Prozentsatz in Abhängigkeit von den Bedarfsschätzungen für den EU-Haushalt 2016 durch die Kommission noch angepasst werden.

Pressemitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/198_en.htm



KOMMISSION VERÖFFENTLICHT NEUEN VORSCHLAG FÜR DIE VERWENDUNG VON GVO IN LEBENS- UND FUTTERMITTELN

Am 22.04.2015 hat die Kommission eine Mitteilung über die Überprüfung des Entscheidungsprozesses bei gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und einen Vorschlag für eine Änderung der Verordnung 1829/2003/EG vorgelegt, mit der die Mitgliedstaaten das Recht erhalten sollen, die Verwendung von GVO in Lebens- oder Futtermitteln in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu verbieten. An dem bisherigen Zulassungsverfahren für die GVO selbst soll sich nichts ändern. Auch zukünftig soll ein GVO oder gentechnisch verändertes Lebens- oder Futtermittel nur dann in Verkehr gebracht werden dürfen, wenn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Risikobewertung vorgenommen und die Zulassung erteilt hat. Erst wenn ein GVO zugelassen wurde, sollen die Mitgliedstaaten selbst darüber entscheiden können, ob sie dessen Verwendung in der Lebens- und Futtermittelkette erlauben (sogenanntes Import-Opt-Out). Dabei müssen sie nachweisen, dass ihre Maßnahmen mit EU-Recht vereinbar sind, der Verhältnismäßigkeit entsprechen und mit den WTO-Regeln vereinbar sind. Der Legislativvorschlag wird nun im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens dem EP und dem Rat übermittelt (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zur Mitteilung der Kommission (engl.):

http://ec.europa.eu/food/plant/docs/plant_gmo_authorisation_communication_en.pdf

Link zum Anhang der Mitteilung (engl.):

http://ec.europa.eu/food/plant/docs/plant_gmo_authorisation_communication_annex_en.pdf

Link zum Verordnungsvorschlag (engl.):

http://ec.europa.eu/food/plant/docs/plant_gmo_authorisation_proposal_regulation_en.pdf

INFORMELLES TREFFEN DER UMWELT- UND ENERGIEMINISTER

Am 14.04.2015 und 15.04.2015 hat unter Vorsitz der lettischen Ratspräsidentschaft ein informelles Treffen der Umweltminister und der Umwelt- und Energieminister in Riga stattgefunden. Die Umweltminister führten eine Debatte über den Schutz der Biodiversität und die internationalen Klimaverhandlungen. In der gemeinsamen Sitzung mit den Energieministern wurde diskutiert, wie sich der Schutz der Biodiversität mit einem stärkeren Ausbau von erneuerbaren Energien vereinen lässt (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zu den Pressemitteilungen:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/1265-aufnahme-des-biodiversitaetsschutzes-in-andere-politikbereiche-ist-wichtig>

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/1266-ziele-zur-erhaltung-der-biodiversitaet-und-die-verstaerkte-nutzung-erneuerbarer-energiequellen-sollten-von-gleicher-bedeutung-sein>



DISKUSSIONSPAPIER UND KONSULTATION ZU FORSCHUNG UND INNOVATION FÜR SICHERE LEBENSMITTEL

Am 13.04.2015 hat Kommissar *Navracsics*, zuständig für Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie für die Gemeinsame Forschungsstelle zusammen mit dem Lenkungsausschuss der EU für die Expo 2015 in Mailand ein Diskussionspapier zur Rolle der Forschung in der globalen Nahrungs- und Ernährungssicherheit vorgestellt. Das Papier steht in Zusammenhang mit dem diesjährigen Thema der Expo 2015 „Den Planeten ernähren, Energie für das Leben“ und soll eine politische Debatte über eine weltweite sichere und nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln einleiten. Zeitgleich hat die Kommission eine Online-Konsultation zur Rolle der Forschung im Bereich Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit gestartet. Die Ergebnisse der Konsultation sollen als Basis dienen für eine künftige Forschungsagenda zur Bewältigung der globalen Herausforderungen in den Bereichen Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit. An der Konsultation können sich bis zum 01.09.2015 alle Interessenten beteiligen. Die Ergebnisse sollen am 15.10.2015 am Welternährungstag veröffentlicht werden und stellen den Beitrag der EU für die Expo 2015 dar (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zum Diskussionspapier:

[http://europa.eu/expo2015/sites/default/files/files/FINAL_Expo-Discussion-paper_lowQ\(1\).pdf](http://europa.eu/expo2015/sites/default/files/files/FINAL_Expo-Discussion-paper_lowQ(1).pdf)

Link zur Konsultation:

<http://europa.eu/expo2015/node/286>

BERICHT ZU DATEN ÜBER CHEMISCHE STOFFE IN LEBENSMITTELN VERÖFFENTLICHT

Am 14.04.2015 hat die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht zu chemischen Stoffen in Lebensmitteln veröffentlicht. Der Bericht soll der Öffentlichkeit und interessierten Laien einen Überblick geben über die Ergebnisse des jährlichen EU-weiten Monitorings zur Sicherstellung der Einhaltung von Vorschriften und Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Der vorliegende Bericht, der in Zukunft jährlich erscheinen soll, beinhaltet Ergebnisse aus Arbeiten zu Pestizidrückständen in Lebensmitteln, zu Tierarzneimittelrückständen in Tieren und den daraus gewonnenen Lebensmitteln, aktuelle Arbeiten im Bereich der Datenerhebung zu Arsen in Lebensmitteln und Trinkwasser sowie zu Ethylcarbamat in Spirituosen (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zum Bericht der EFSA (engl.):

<http://www.efsa.europa.eu/de/corporate/pub/chemfood15.htm>



EP EINIGT SICH AUF STANDPUNKT ZUM EUROPÄISCHEN FONDS FÜR STRATEGISCHE INVESTITIONEN (EFSI)

Am 20.04.2015 hat sich das EP (Haushaltsausschuss und Ausschuss für Wirtschaft und Währungsfragen) auf eine Position zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) verständigt. Diese dient als Basis für die am 23.04.2015 begonnenen Trilogverhandlungen mit dem Rat.

Das EP kritisiert die aktuellen Planungen der Kommission für die Finanzierung des EFSI durch Umschichtungen von Mitteln für Forschung und Transport und fordert Mitspracherechte bei der Besetzung der EFSI-Leitung und des Investitionsausschusses.

Die Verhandlungen über EFSI sollten möglichst bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein (siehe hierzu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Am 22.04.2015 hat die EIB wie angekündigt erste Projekte aus Spanien, Italien, Irland und Kroatien ausgewählt, die EFSI-Finanzierung genießen sollen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150420IPR42732/html/Strategic-Investment-Fund-committees-back-Juncker-Plan-but-not-programme-cuts>

NEUES EFSA-VERWALTUNGSRATSMITGLIED VON RAT ERNANNT

Ab dem 01.05.2015 wird *Michael Winter*, der beim deutschen Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft arbeitet, sein Mandat für den Verwaltungsrat der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) antreten. Er wird der Nachfolger von *Valérie Baduel*, die letztes Jahr den Verwaltungsrat verlassen hatte.

Pressemitteilung der EFSA:

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/150421.htm>



STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION

RAT ERZIELT ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR ERHÖHUNG DER VORFINANZIERUNGSQUOTE DER JUGENDBESCHÄFTIGUNGSINITIATIVE

Am 21.04.2015 erlangte der Rat eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag der Kommission über die Erhöhung der Vorfinanzierungsquote der Jugendbeschäftigungsinitiative. Diese Initiative stellt Mittel für Mitgliedstaaten zur Verfügung, in denen Regionen mit einer Jugendarbeitslosenquote von mindestens 25 % liegen. Die Kommission hatte am 04.02.2015 ihren Vorschlag für einen neuen Art. 22 a der ESF-VO vorgelegt, der die Vorfinanzierungsquote der Jugendbeschäftigungsinitiative von derzeit 1 - 1,5 % auf 30 % für dieses Jahr erhöht. Das bedeutet, dass die Mitgliedstaaten, die von dieser Initiative profitieren, 30 % der Mittelzuweisung (insgesamt rund 1 Mrd. €) noch dieses Jahr sofort nach Genehmigung der operationellen Programme erhalten können. Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EP hatte seine Position bereits am 16.04.2015 verabschiedet. Sowohl Parlament als auch Rat haben die von der Kommission vorgeschlagenen Artikel einer Verordnung zur Änderung der ESF-VO nicht verändert. Als nächstes werden Rat und Parlament informelle Triologverhandlungen aufnehmen. Wegen der übereinstimmenden Positionen ist mit einem schnellen Abschluss zu rechnen. Im Anschluss muss die Einigung sowohl von Parlament als auch Rat formal bestätigt werden.

Pressemitteilung des Rates und Text der allgemeinen Ausrichtung:

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/04/21-youth-employment-initiative/>

GEMEINSAMER RAT DER INNEN- UND AUSSENMINISTER BERÄT ERSTE KONSEQUENZEN AUS FLÜCHTLINGSKATASTROPHEN; SONDERGIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS ANGEKÜNDIGT

Als Reaktion auf mehrere Flüchtlingskatastrophen vor der libyschen Küste mit vermutet über 1.000 Toten sowie heftiger öffentlicher Kritik an der EU fand am 20.04.2015 ein gemeinsames Treffen der Innen- und Außenminister der Union statt, bei dem über Konsequenzen aus den Unglücken beraten wurde. Es wurden keine formellen Beschlüsse gefasst; die Minister verständigten sich auf Vorschlag der Kommission jedoch als Erstreaktion darauf, die Mittel (Sachmittel wie zum Beispiel Schiffe sowie finanzielle Ausstattung des Einsatzes) für die laufende FRONTEX-Mission „Triton“ so anzuheben, dass die Maßnahmen zur Seenotrettung „verdoppelt“ werden können. Der Rat teilte zudem mit, dass sich die weitere Arbeit auf folgende drei Prioritäten konzentrieren soll:

- Bekämpfung von Netzwerken der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels; es wurden verschiedenen Optionen diskutiert, darunter eine Intensivierung der Polizei-Zusammenarbeit.



- Intensivierung der Seenotrettung durch Verstärkung der FRONTEX-Aktivitäten und Ausdehnung des Operationsgebietes.
- Fairere Lastenteilung bei Umsiedlungs- und Umverteilungsprojekten; Ankündigung eines Pilotvorhabens durch die Kommission.

Mögliche weitere Schritte auf Grundlage des von der Kommission vorgeschlagenen „Zehn-Punkte-Programms“ sollen bei einem Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der EU besprochen werden, das der Präsident des Europäischen Rates, *Donald Tusk*, für 23.04.2015 einberufen hat. *Tusk* dämpfte im Vorfeld die Erwartungen an den Gipfel – schnelle Lösungen für die Wurzeln der Flüchtlingskatastrophen werde es nicht geben, sonst hätte man sie ja bereits implementiert. *Tusk* verlangte aber „umgehende Beiträge“ aller Mitgliedstaaten zur Bewältigung der folgenden Herausforderungen, die am 23.04.2015 erörtert werden sollen:

- Bekämpfung der Schleusungskriminalität;
- Verbesserung der Seenotrettungshilfe;
- Unterstützung derjenigen Mitgliedstaaten, die besonders betroffen sind;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten.

Dem Gipfel soll ein Koordinationstreffen des Präsidenten des Rates mit der lettischen Ratspräsidentschaft, der Kommission und der Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik vorausgehen (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Ergebnis-Dokument des Rates zum Gemeinsamen Treffen der Innen- und Außenminister:

http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2015/04/st08146_en15_pdf/

PM der Kommission zum „10-Punkte-Plan“:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_en.htm

Beitrag des BMI zum Treffen der Innen- und Außenminister:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2015/04/eu-sondergipfel-zu-fluechtlingsunglueck-im-mittelmeer.html>

Statement der Kommission zu den Flüchtlingskatastrophen:

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-4800_en.pdf

Statement der Ratspräsidentschaft zu den Flüchtlingskatastrophen:

<https://eu2015.lv/news/media-releases/1306-statement-by-presidency-of-the-eu-council-on-developments-in-the-mediterranean>

Statement von EU-Parlamentspräsident Schulz zu den Flüchtlingskatastrophen:

http://www.europarl.europa.eu/the-president/de/press/press_release_speeches/press_release/press_release-2015/press_release-2015-april/html/schulz-fordert-neue-fluechtlings--und-migrationspolitik?webaction=view.acceptCookies



INFORMELLER EPSCO IN RIGA WIDMET SICH DEM SOZIALEN DIALOG

Das informelle Treffen der Arbeits- und Sozialministerinnen und -minister am 22.04.2015 in Riga widmete sich der Bedeutung des sozialen Dialogs für die Förderung von Beschäftigung und die Entwicklung qualitativer Arbeitsplätze. Es wurde unter anderem beleuchtet, wie der soziale Dialog die sozio-ökonomische Situation in den Mitgliedstaaten verbessern und welche Rolle er bei der Festlegung von Gehältern spielen könne. Die lettische Ratspräsidentschaft betonte, dass die Kapazität und die Flexibilität der Sozialpartner wichtige Faktoren für den Erfolg des sozialen Dialogs seien. Außerdem wurde bei dem Treffen über die Bedeutung der Sozialpartner im Rahmen des Europäischen Semesters gesprochen.

Pressemitteilung der Ratspräsidentschaft:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/1399-eu-ratspraesidentschaft-ein-effektiver-sozialer-dialog-schafft-arbeitsplaetze-und-verbessert-die-arbeitsplatzqualitaet>

EUGH-URTEIL VERNEINT DISKRIMINIERUNG DURCH SPANISCHE VORSCHRIFTEN ZUR BERECHNUNG VON BERUFSUNFÄHIGKEITSRENTEN

Mit Urteil vom 14.04.2015 (C-527/13) verneinte der EuGH eine Diskriminierung durch die spanischen Vorschriften über die Berechnung von Berufsunfähigkeitsrenten, die unter bestimmten Voraussetzungen unterschiedliche Bemessungsgrundlagen bei Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung vorsehen. Die Höhe der Berufsunfähigkeitsrente bemisst sich laut spanischem Recht nach den Bemessungsgrundlagen der Sozialversicherungsbeiträge in den letzten acht Jahren vor dem Eintritt der Berufsunfähigkeit. Für Zeiten der Erwerbslosigkeit innerhalb dieses Zeitraums sieht das spanische Recht einen Korrekturmechanismus vor, der fiktive Beitragsbemessungsgrundlagen verwendet. Dabei werden unterschiedliche Bemessungsgrundlagen herangezogen je nachdem, ob der Arbeitnehmer unmittelbar vor der Erwerbslosigkeit in Vollzeit oder Teilzeit tätig war. Bei Teilzeit wird nur eine verringerte Beitragsbemessungsgrundlage berücksichtigt. Der EuGH sah darin jedoch weder eine unmittelbare noch eine mittelbare Diskriminierung.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-04/cp150036de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-527/13>

NEUER QUARTALSBERICHT ÜBER DIE BESCHÄFTIGUNGSSITUATION UND DIE SOZIALE LAGE BESTÄTIGT WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG BEI ANHALTENDEN HERAUSFORDERUNGEN IN DER EU

Der Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage der Kommission vom 13.04.2015 bestätigt die positiven Entwicklungen der wirtschaftlichen Situation in der EU: insbesondere die Arbeitslosigkeit gehe kontinuierlich zurück und die Zahl unbefristeter Arbeitsverhältnisse sowie von



Vollzeitstellen steige. Die Langzeitarbeitslosigkeit sei sogar erstmals seit Beginn des Jahres 2009 gesunken (Minus von 0,2 % zwischen dem dritten Quartal 2014 und 2013). Allerdings stelle sie mit 4,9 % genauso wie die Arbeitslosigkeit insgesamt und die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin eine Herausforderung in der EU dar. Auch existierten nach wie vor große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei der Arbeitslosigkeit. Entsprechend der positiven Entwicklungen in Wirtschaft und Beschäftigung seien auch die Haushaltseinkommen in der EU weiter gestiegen. Der Anteil von Haushalten, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, sei jedoch unverändert geblieben – zwar unterhalb der Spitzenwerte von Mitte 2013, aber weit über den Zahlen vor der Krise – und hätte bei Haushalten mit niedrigem Einkommen sogar zugenommen. Die Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität *Marianne Thyssen* verwies auf die Investitionsoffensive und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, die die Kommission zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung von Wachstum auf den Weg gebracht habe. Für dieses Jahr kündigte sie erneut gezielte Initiativen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und zur Förderung der Mobilität an.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4763_de.htm

Quartalsbericht der EU über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=13779&langId=en>

NEUE EUROSTAT-VERÖFFENTLICHUNG ÜBER KINDER UND JUNGE MENSCHEN IN DER EU

In der neuen Veröffentlichung „Being young in Europe today“ gibt Eurostat einen Überblick über die aktuelle Situation junger Menschen in der EU anhand der vorhandenen Informationen und Indikatoren bezüglich Kinder (0 - 14 Jahre) und junger Menschen (15 - 29 Jahre). Hierbei werden Themen wie Demografie, Familie und Gesellschaft, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Zugang zum und Teilnahme am Arbeitsmarkt, Lebensbedingungen und digitale Welt behandelt. Die Statistiken zeigen flächendeckend eine deutliche Alterung der Bevölkerung in der EU. Im Jahr 2014 waren nur 33,3 % der EU-Bevölkerung Kinder oder junge Menschen. Der Anteil der Kinder im Alter von weniger als 15 Jahren betrug 2014 in der EU 15,6 %, im Jahr 1994 lag er noch bei 18,6 % lag. Für die Zukunft wird ein leichter Rückgang des Kinderanteils auf 15,0 % im Jahr 2050 in der EU erwartet. Deutschland lag 2014 mit einem Kinderanteil von 13,1 % an der Gesamtbevölkerung mit Bulgarien (13,7 %) und Italien (13,9 %) auf den letzten Plätzen.

Pressemitteilung Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-press-releases/-/1-16042015-AP>

Webseite Destatis mit Eurostat-Publikationen (u. a. „Being young in Europe today“):

https://www.destatis.de/Europa/DE/Publikationen/Eurostat/BevoelkerungSoziales/SozialesLebensbedingungen/ST_KS0514031EN.html



GERINGERE ERWERBSLOSIGKEIT IN DEN REGIONEN DER EU IM JAHR 2014

Laut einer Veröffentlichung von Eurostat vom 22.04.2015 ist die Erwerbslosigkeit im Jahr 2014 in der Mehrheit der EU-Regionen zurückgegangen. Etwas über die Hälfte der 272 NUTS-2-Regionen der EU wiesen im Vergleich zu 2013 einen Rückgang der regionalen Erwerbslosenquoten von mindestens 0,5 Prozentpunkten auf. Trotzdem herrschen weiterhin große regionale Unterschiede innerhalb der EU. Mit einer Quote von 2,5 % sind die Regionen Praha in der Tschechischen Republik und Oberbayern in Deutschland am wenigsten von Erwerbslosigkeit betroffen. Daraufhin folgen weitere deutsche Regionen wie Tübingen, Oberpfalz, Niederbayern und Unterfranken mit einer Quote unter 3,0 %. Die höchsten Erwerbslosenquoten wurden in fünf spanischen Regionen festgestellt (29,0 % - 34,8 %).

Pressemitteilung Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-press-releases/-/1-22042015-AP>

Weiterführende Informationen auf der Eurostat-Webseite:

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics_at_regional_level/de

NEUE EUROBAROMETER-UMFRAGE ZU JUNGEN MENSCHEN

Die Kommission veröffentlichte am 23.04.2015 eine neue Eurobarometer-Umfrage zu jungen Menschen in der EU, für die im Dezember 2014 im Auftrag der Kommission über 13.000 junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren in den 28 Mitgliedstaaten zu ihrem außerschulischen Engagement, Freiwilligentätigkeit und Beschäftigungsperspektiven befragt wurden. Am selben Tag traf sich der Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport *Tibor Navracsics* mit Jugendorganisationen, um zu besprechen, wie junge Menschen am besten unterstützt werden können, um aktiv an der demokratischen Gesellschaft teilzuhaben. Dieses Treffen soll zu den europaweiten Anstrengungen in Folge der Terroranschläge in Paris und Kopenhagen beitragen, um Toleranz, Meinungsfreiheit und soziale Eingliederung durch Bildung und Jugendarbeit zu fördern.

Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage (auf Englisch):

http://ec.europa.eu/youth/news/2015/0422-eurobarometer_en.htm

CEDEFOP VERÖFFENTLICHT NEUE DATEN ZUR BERUFLICHEN BILDUNG UND WEITERBILDUNG

Am 09.04.2015 hat das Cedefop (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung) einen neuen Bericht in der Reihe „On the way to 2020: data for vocational education and training policies“ veröffentlicht. Demzufolge kommt Deutschland den 2010 im Brügge-Kommuniqué für das Jahr 2020 vereinbarten Zielen hinsichtlich der Reform der Berufsbildungssysteme innerhalb der EU-Mitgliedstaaten näher. Für diesen statistischen Überblick über alle Mitgliedstaaten der EU wie auch über Mazedonien, Island, Norwegen, Schweiz und die Türkei hat Cedefop 33 Indikatoren ausgewählt, die als zentrale Aspekte für die berufliche Bildung und Weiterbildung und das lebenslange Lernen gelten können. Die Wahl der Indikatoren richtet sich



ferner nach ihrer Relevanz und Bedeutung für das Erreichen der im Rahmen der Europa 2020-Strategie gesetzten Ziele (siehe hierzu Beitrag des StMBW in diesem EB).

Link zum Bericht (in englischer Sprache):

<http://www.cedefop.europa.eu/en/publications-and-resources/publications/5545>

STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

EUROSTAT: DIE EU KOMMT DEN BILDUNGSZIELEN DER STRATEGIE „EUROPA 2020“ NÄHER

Eurostat hat am 20.04.2015 seine neuesten Bildungszahlen veröffentlicht, aus denen die Fortschritte der EU und der Mitgliedstaaten bei der Erreichung der im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ gesetzten Bildungsziele hervorgehen. Dem Ziel, die Zahl der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder vergleichbarem Bildungsabschluss bis 2020 auf 40 % zu steigern, haben sich die EU-Mitgliedstaaten weiter angenähert. So vergrößerte sich der Anteil der Hochschulabsolventen von 23,6 % im Jahr 2002 auf 37,9 % im Jahr 2014, im Jahr 2013 waren es noch 37,1 %. Der Prozentsatz der Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss stieg deutlich stärker (von 24,5 % im Jahr 2002 auf 42,3 % im Jahr 2014) als jener der Männer (2002: 22,6 %, 2014: 33,6 %). 2014 verfügten in allen Mitgliedstaaten außer Deutschland mehr Frauen als Männer im Alter von 30 - 34 Jahren über einen tertiären Bildungsabschluss. Den höchsten Anteil an Personen mit tertiärem Bildungsabschluss kann Litauen verzeichnen, wo mehr als jeder Zweite einen Hochschulabschluss vorweisen kann. Italien weist mit rund 25 % die niedrigste Quote auf. Für Deutschland gab Eurostat einen Prozentsatz von 31,4 % an, wobei vergleichbare Bildungsabschlüsse nicht in die Statistik mit einbezogen wurden. Der nationale Zielwert für Deutschland, der bei 42 % liegt und in der Vergangenheit bereits erreicht wurde, umfasst sowohl tertiäre Bildungsabschlüsse als auch vergleichbare Abschlüsse (ISCED 1997, Stufe 4). Auch die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger hat nach Eurostat in der EU stetig abgenommen und soll bis 2020 auf unter 10 % gesenkt werden. 15 EU-Staaten, darunter Deutschland (2014: 9,5 %, 2013: 9,8 %), haben dieses Ziel schon erreicht. Der europäische Durchschnitt lag hier 2014 bei 11,1 %, im Vorjahr noch bei 11,9 %.

Link zur Pressemitteilung von Eurostat vom 20.04.2015:

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6787427/3-20042015-BP-DE.pdf/956c89ac-4d77-4e6c-9f40-86697985dfb8#>

CEDEFOP VERÖFFENTLICHT NEUE DATEN ZUR BERUFLICHEN BILDUNG UND WEITERBILDUNG

Am 09.04.2015 hat das Cedefop (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung) einen neuen Bericht in der Reihe „On the way to 2020: data for vocational education and training policies“ veröffentlicht. Demzufolge kommt Deutschland den 2010 im Brügge-Kommuniqué für das Jahr 2020 vereinbarten Zielen



hinsichtlich der Reform der Berufsbildungssysteme innerhalb der EU-Mitgliedstaaten näher. Für diesen statistischen Überblick über alle Mitgliedstaaten der EU wie auch über Mazedonien, Island, Norwegen, Schweiz und die Türkei hat Cedefop 33 Indikatoren ausgewählt, die als zentrale Aspekte für die berufliche Bildung und Weiterbildung und das lebenslange Lernen gelten können. Die Wahl der Indikatoren richtet sich ferner nach ihrer Relevanz und Bedeutung für das Erreichen der im Rahmen der Europa 2020-Strategie gesetzten Ziele.

Link zum Bericht (in englischer Sprache):

<http://www.cedefop.europa.eu/en/publications-and-resources/publications/5545>

EUROSTAT-VERÖFFENTLICHUNG ÜBER KINDER UND JUNGE MENSCHEN IN DER EU

In der neuen Veröffentlichung „Being young in Europe today“ gibt Eurostat einen Überblick über die aktuelle Situation von Kindern (0 - 14 Jahre) und jungen Menschen (15 - 29 Jahre) in der EU. Hierbei werden Themen wie Demografie, Familie und Gesellschaft, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Zugang zum und Teilnahme am Arbeitsmarkt, Lebensbedingungen und digitale Welt behandelt. Bezüglich Bildung wurden Daten zu den Bereichen Bildungsbeteiligung, Kompetenzen sowie Qualität von Bildung zusammengetragen. Unter dem Stichwort „Kompetenzen“ analysiert Eurostat Daten zum Fremdsprachenlernen, zu Fähigkeiten in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft und frühzeitigen Schulabgängern. Bei der Frage der Qualität wurde unter anderem die Klassengröße untersucht. Hier stellt Eurostat fest, dass in allen Mitgliedstaaten im Primarbereich und Sekundarbereich I durchschnittlich mehr als 15 Schüler, maximal 25 Schüler in einer Klasse zu finden sind. Der Schüler-Lehrer-Koeffizient lag bei 13 Schülern pro Lehrkraft im Jahr 2012, wobei hier nur für 21 Staaten Daten zusammengetragen wurden (siehe hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6783794/1-16042015-AP-DE.pdf/297460b9-06d2-4cd3-95f7-f7d33ade992d>

Webseite Destatis mit Eurostat-Publikationen (unter anderem „Being young in Europe today“ – in englischer Sprache):

https://www.destatis.de/Europa/DE/Publikationen/Eurostat/BevoelkerungSoziales/SozialesLebensbedingungen/ST_KS0514031EN.html



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT UND NATURSCHUTZ

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT NEUEN VORSCHLAG FÜR DIE VERWENDUNG VON GVO IN LEBENS- UND FUTTERMITTELN

Am 22.04.2015 hat die Kommission eine Mitteilung über die Überprüfung des Entscheidungsprozesses bei gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und einen Vorschlag für eine Änderung der Verordnung 1829/2003/EG vorgelegt, mit der die Mitgliedstaaten das Recht erhalten sollen, die Verwendung von GVO in Lebens- oder Futtermitteln in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu verbieten. An dem bisherigen Zulassungsverfahren für die GVO selbst soll sich nichts ändern. Auch zukünftig soll ein GVO oder gentechnisch verändertes Lebens- oder Futtermittel nur dann in Verkehr gebracht werden dürfen, wenn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Risikobewertung vorgenommen und die Zulassung erteilt hat. Erst wenn ein GVO zugelassen wurde, sollen die Mitgliedstaaten selbst darüber entscheiden können, ob sie dessen Verwendung in der Lebens- und Futtermittelkette erlauben (sogenannter Import-Opt-Out). Dabei müssen sie nachweisen, dass ihre Maßnahmen mit EU-Recht vereinbar sind, der Verhältnismäßigkeit entsprechen und mit den WTO-Regeln vereinbar sind. Der Legislativvorschlag wird nun im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens dem EP und dem Rat übermittelt.

Link zur Mitteilung der Kommission (englisch):

http://ec.europa.eu/food/plant/docs/plant_gmo_authorisation_communication_en.pdf

Link zum Anhang der Mitteilung (englisch):

http://ec.europa.eu/food/plant/docs/plant_gmo_authorisation_communication_annex_en.pdf

Link zum Verordnungsvorschlag (englisch):

http://ec.europa.eu/food/plant/docs/plant_gmo_authorisation_proposal_regulation_en.pdf

INFORMELLES TREFFEN DER UMWELT- UND ENERGIEMINISTER

Am 14./15.04.2015 hat unter Vorsitz der lettischen Ratspräsidentschaft ein informelles Treffen der Umweltminister und der Umwelt- und Energieminister in Riga stattgefunden. Die Umweltminister führten eine Debatte über den Schutz der Biodiversität und die internationalen Klimaverhandlungen. In der gemeinsamen Sitzung mit den Energieministern wurde diskutiert, wie sich der Schutz der Biodiversität mit einem stärkeren Ausbau von erneuerbaren Energien vereinen lässt.

Link zu den Pressemitteilungen:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/1265-aufnahme-des-biodiversitaetsschutzes-in-andere-politikbereiche-ist-wichtig>



<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/1266-ziele-zur-erhaltung-der-biodiversitaet-und-die-verstaerkte-nutzung-erneuerbarer-energiequellen-sollten-von-gleicher-bedeutung-sein>

EP ERSTELLT INITIATIVBERICHT ZU FOLGEMASSNAHMEN DER BÜRGERINITIATIVE „RIGHT2WATER“

Das EP regt mit einem Initiativbericht eine weitere Debatte über Folgemaßnahmen zur Europäischen Bürgerinitiative zum Recht auf Wasser („Right2Water“) an. Mit dem Bericht soll die Kommission veranlasst werden, sich intensiver mit den Forderungen der Bürgerinitiative zu befassen und weitergehende Maßnahmen ins Auge zu fassen. Die Entwurfsverfasserin, MdEP *Lynn Boylan* (GUE/NGL), kritisierte, die Mitteilung, die die Kommission als Antwort auf die Bürgerinitiative verfasst hat, sei zu vage geblieben und habe die Handlungsbedarfe nicht ausreichend aufgegriffen. Der Initiativbericht fordert die Kommission unter anderem dazu auf, die Wasser- und Abwasserwirtschaft nicht länger den Regeln des Binnenmarkts zu unterwerfen, sondern in die Verantwortung der öffentlichen Hand zu legen. Die Kommission solle dazu Gesetzgebungsvorschläge vorlegen, etwa durch Änderungen der Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens im Bereich der Wasserpolitik sowie der Trinkwasserrichtlinie (Richtlinie 98/83/EG). Der Berichtsentwurf wird federführend vom Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP beraten und soll – nach Abstimmung im Ausschuss – voraussichtlich in der Plenarsitzung am 07.07.2015 angenommen werden (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Entwurf des Initiativberichts:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/envi/pr/1036/1036691/1036691de.pdf

RESSOURCENPRODUKTIVITÄT IN DER EU STARK GESTIEGEN

Am 14.04.2015 hat das Statistische Amt der EU (EUROSTAT) Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass die Ressourcenproduktivität in der EU einen starken Anstieg erfahren hat. Durchschnittlich stieg die Ressourcenproduktivität in der EU im Zeitraum von 2002 - 2013 um 27 %. Während sich der Anstieg der Ressourcenproduktivität über die Jahre von 2002 - 2008 relativ langsam entwickelt hat, gab es von 2008 - 2010 und von 2011 - 2013 einen starken Anstieg, der zum großen Teil auf den Rückgang ressourcenintensiver Branchen während der Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Die Ressourcenproduktivität berechnet sich aus Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch Inlandsmaterialverbrauch (DMC). Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist Bestandteil der Strategie Europa 2020 und wichtiger Teil des Pakets zur Kreislaufwirtschaft, dessen Vorlage im Herbst 2015 erwartet wird.

Link zum Bericht von Eurostat (englisch):

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Resource_productivity_statistics&printable=yes



ENVI-WORKSHOP ZUM THEMA INDIKATOREN FÜR RESSOURCENEFFIZIENZ

Am 14.04.2015 fand im EP-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) ein Workshop zum Thema Indikatoren für Ressourceneffizienz statt. Neben einem Vertreter der Kommission nahmen daran Vertreter verschiedener Universitäten und Institute teil, die gegenwärtig an verschiedenen Projekten zur Entwicklung von Indikatoren zur Ressourceneffizienz arbeiten. Der erste Teil des Workshops beschäftigte sich mit der Frage, mit welchen Instrumenten Ressourceneffizienz gemessen werden könnte und der Notwendigkeit, dass eine nachhaltige Wirtschaft unbedingt geeignete Indikatoren für die Ressourceneffizienz brauche. Der zweite Teil des Workshops befasste sich mit konkreten Ansätzen für Indikatoren zur Ressourceneffizienz. Die bestehenden Markt- und Wirtschaftsindikatoren seien nicht geeignet, um Ressourcenverbrauch und -effizienz zu messen. Es brauche neue, verbrauchsbasierte Indikatoren und Indikatoren, die Prognosen zum ökologischen Fußabdruck ermöglichen. Diese sogenannten Footprint-Indikatoren basieren auf Modellierungen, die zwar weniger Kontrolle über Daten und Datenqualität ermöglichen, jedoch sei die Aussagekraft um vieles höher als bei den bisherigen Indikatoren. Unter anderem wurden auch Ergebnisse aus Forschungsprojekten der EU und der OECD vorgestellt.

Link zu den Workshop-Unterlagen (englisch)

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/envi/events-workshops.html?id=20150414CHE00101>

VERBRAUCHERSCHUTZ

DISKUSSIONSPAPIER UND KONSULTATION ZU FORSCHUNG UND INNOVATION FÜR SICHERE LEBENSMITTEL

Am 13.04.2015 hat Kommissar *Navracsics*, zuständig für Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie für die Gemeinsame Forschungsstelle zusammen mit dem Lenkungsausschuss der EU für die Expo 2015 in Mailand ein Diskussionspapier zur Rolle der Forschung in der globalen Nahrungs- und Ernährungssicherheit vorgestellt. Das Papier steht in Zusammenhang mit dem diesjährigen Thema der Expo 2015 „Den Planeten ernähren, Energie für das Leben“ und soll eine politische Debatte über eine weltweite sichere und nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln einleiten. Zeitgleich hat die Kommission eine Online-Konsultation zur Rolle der Forschung im Bereich Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit gestartet. Die Ergebnisse der Konsultation sollen als Basis dienen für eine künftige Forschungsagenda zur Bewältigung der globalen Herausforderungen in den Bereichen Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit. An der Konsultation können sich bis zum 01.09.2015 alle Interessenten beteiligen. Die Ergebnisse sollen am 15.10.2015 am Welternährungstag veröffentlicht werden und stellen den Beitrag der EU für die Expo 2015 dar.

Link zum Diskussionspapier:

[http://europa.eu/expo2015/sites/default/files/files/FINAL_Expo-Discussion-paper_lowQ\(1\).pdf](http://europa.eu/expo2015/sites/default/files/files/FINAL_Expo-Discussion-paper_lowQ(1).pdf)

Link zur Konsultation:

<http://europa.eu/expo2015/node/286>



BERICHT ZU DATEN ÜBER CHEMISCHE STOFFE IN LEBENSMITTELN VERÖFFENTLICHT

Am 14.04.2015 hat die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht zu chemischen Stoffen in Lebensmitteln veröffentlicht. Der Bericht soll der Öffentlichkeit und interessierten Laien einen Überblick geben über die Ergebnisse des jährlichen EU-weiten Monitorings zur Sicherstellung der Einhaltung von Vorschriften und Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Der vorliegende Bericht, der in Zukunft jährlich erscheinen soll, beinhaltet Ergebnisse aus Arbeiten zu Pestizidrückständen in Lebensmitteln, zu Tierarzneimittelrückständen in Tieren und den daraus gewonnenen Lebensmitteln, aktuelle Arbeiten im Bereich der Datenerhebung zu Arsen in Lebensmitteln und Trinkwasser sowie zu Ethylcarbamat in Spirituosen.

Link zum Bericht der EFSA (engl.):

<http://www.efsa.europa.eu/de/corporate/pub/chemfood15.htm>

EINHEITLICHE VORGABEN ZUR DECKELUNG VON KREDITKARTENGEBÜHREN VERABSCHIEDET

Am 20.04.2015 wurde vom Rat eine Verordnung über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge verabschiedet. Die Verordnung, die am 10.03.2015 vom EP verabschiedet wurde, soll Zahlungen mit Kredit- und Debitkarten für Privatkunden preiswerter machen, in dem die Höhe der sogenannten Interbankenentgelte für Zahlungen mit Kredit- oder Debitkarte gedeckelt werden. Interbankentgelte sind Bearbeitungsgebühren, die die Bank eines Verkäufers bei einer Kartenzahlung an die Bank des Käufers zahlen muss und die bisher nicht offen gelegt werden mussten. Mit der Verordnung werden diese Gebühren für Zahlungen mit Kreditkarten wie VISA oder MasterCard auf 0,3 % des Transaktionswertes begrenzt, für Zahlungen mit Debitkarten auf 0,2 %. Bisher waren 1,5 % üblich. Die EU-Kommission erwartet, dass sich die bisher versteckten Gebühren für Privatkundenkarten mit Inkrafttreten der Verordnung im Herbst 2015 um jährlich 6 Mrd. € verringern werden. Außerdem soll mehr Transparenz und Rechtssicherheit für Privatkunden entstehen.

Link zur Verordnung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0048+0+DOC+XML+V0//DE>



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

INFORMELLER RAT DER GESUNDHEITSMINISTER AM 21./22.04.2015 IN RIGA

Der informelle Rat der Gesundheitsminister hat sich auf der Sitzung am 21./22.04.2015 in Riga mit der Entwicklung neuer Rahmenbedingungen für die EU-Alkoholpolitik und der Zukunft der europäischen Ernährungspolitik befasst. Im Hinblick auf die Ereignisse im Mittelmeerraum wurde ebenfalls über die gesundheitliche Auswirkung der Flüchtlingszuströme diskutiert. Bei einem informellen Rat steht der Meinungsaustausch im Vordergrund, es werden keine Beschlüsse gefasst.

Pressemitteilung der lettischen Ratspräsidentschaft:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/1380-gesundheitsminister-einigen-sich-in-riga-ueber-die-notwendigkeit-einer-einheitlichen-ernaehrungs-und-alkoholpolitik-der-eu>

ENVI-AUSSCHUSS FÜR SICHERE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Der EP-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hat am 14.04.2015 einstimmig einen Bericht für die sichere Gesundheitsversorgung in Europa: Verbesserung der Patientensicherheit und Eindämmung der Resistenz gegen mikrobielle Wirkstoffe angenommen. Die Abgeordneten fordern darin einen verantwortungsbewussten Einsatz sämtlicher antimikrobieller Wirkstoffe, insbesondere der Antibiotika, in der Human- und Tiermedizin, die Regulierung des Verkaufs von Antibiotika, eine Intensivierung der Infektionskontrollen sowie die Einleitung von Sensibilisierungskampagnen für den rationellen Einsatz von Antibiotika. Das Plenum wird voraussichtlich im Mai über den Bericht abstimmen.

Pressemitteilung des EP (englische Fassung):

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20150414IPR41844/20150414IPR41844_en.pdf

IUK- UND MEDIENPOLITIK

WETTBEWERBSVERFAHREN GEGEN GOOGLE HINSICHTLICH DER ANZEIGE VON SUCHERGEBNISSEN SOWIE DES ANDROID-BETRIEBSSYSTEMS OFFIZIELL EINGELEITET

Am 15.04.2015 teilte die Kommission Google in der seit 2010 laufenden kartellrechtlichen Untersuchung hinsichtlich der Anzeige von Suchergebnissen (EB 20/14) offiziell ihre Beschwerdepunkte mit: Es sei davon auszugehen, dass Google bei allgemeinen Suchanfragen den eigenen Preisvergleichsdienst „Google Shopping“ systematisch bevorzuge. Google hat nun zehn Wochen Zeit, auf den Vorwurf zu reagieren. Am selben Tag eröffnete die Kommission eine - formell getrennte - kartellrechtliche Untersuchung hinsichtlich des



Google-eigenen Betriebssystems Android. Dabei geht es um die Frage, ob Google den Herstellern wettbewerbswidrige Verträge aufdränge.

Weitere Informationen zum Verfahren zu Googles Preisvergleichsdienst:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-4781_de.htm

Weitere Informationen zum Verfahren in Bezug auf Googles Android-Betriebssystem:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-4782_de.htm